ANTRAGSSPIEGEL – Beschlossene Anträge

L Leitantrag

L 1	Sozial is mus(s) – Unsere Zukunft jetzt!	Bezirksvorstand

I Innenpolitik, Recht und Verfassung

I1	Längeres Bleiberecht für Opfer Rechtsradikaler	Unterbezirk Kassel-Stadt
I2	"Hesse ist, wer Hesse sein will" – Gegen die Aufnahme eines Gottesbezugs in die Präambel der hessischen Verfassung	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

B Bildung

B1	Den Managern von morgen Mitbestimmung und demokratische Strukturen im Unternehmen lehren	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
B2	Englisch als Pflichtfach bei Ausbildungsberufen und Studiengängen für den öffentlichen Dienst etablieren	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

S Soziales

S1	Beitragsbemessungsgrenze abschaffen	Unterbezirk Kassel-Stadt
S2	Lernförderung von Kindern mit SGB II Bezug	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

St Steuern und Finanzen

St1	Gerechtigkeit bei der Steuerpflicht	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

D Digitalisierung, Internet und Netzpolitik

D1	Sozialdemokratie für das digitale Zeitalter	Bezirksvorstand
D2	Freifunk-Angebote in kommunalen Einrichtungen	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
D3	Wilhelm-Pfannkuch-Haus richtet Freifunk-Angebot ein	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

J Jugend

J1	Einrichtung von Kinder- und Jugendparlamenten	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

VU Verkehr, Umwelt, Tierschutz, Tierschutz und Ernährung

VU1	Solidarticket für Hessen	Bezirksvorstand
VU2	Verbot des Tötens männlicher „Eintagsküken“	Unterbezirk Kassel-Stadt
VU3	Regelsteuersatz für Fleischprodukte!	Unterbezirk Kassel-Stadt
VU4	Monokulturen verhindern	Unterbezirk Kassel-Stadt
VU5	Gemeinsame Agrarpolitik: Umwelt, Klima, Menschen und Tiere schützen	Unterbezirk Kassel-Stadt
VU6	Forum „Ernährung und Landwirtschaft“ einsetzen	Unterbezirk Kassel-Stadt
VU8	Weniger Grausamkeit ist möglich: Es geht auch ohne Eier	Unterbezirk Kassel-Stadt
VU9	Änderung der Besteuerung von Pflanzenmilch	Unterbezirk Kassel-Stadt
VU10	Still loving Lebensmittelampel	Unterbezirk Kassel-Stadt
VU11	Ausnahmegenehmigungen für unbegleitetes Fahren	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
VU12	Deklarationspflicht verschärfen!	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
VU14	Verbot fest eingebauter Leuchtmittel in LED-Lampen	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf

R Resolutionen

R1	Kein Vergessen – Für eine emanzipatorische Erinnerungspolitik	Bezirksvorstand

Ini Initiativanträge

Ini1	Repräsentative Tagungsorte für Parteitage, Parteigipfel o.Ä	Ausreichende Anzahl von Delegierten
Ini2	Änderung des Rundfunkstaatsvertrags	Ausreichende Anzahl von Delegierten

ANTRAGSSPIEGEL – Überwiesene Anträge

VU13	Unser Wasser muss trinkbar bleiben!	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
R3	Unsere Antwort heißt Europa	Unterbezirk Fulda

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	L 1
Antragsteller:	Bezirksvorstand
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag
Betr.:	Sozial is mus(s) – Unsere Zukunft jetzt!

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die Sozialdemokratie hat mit der Nominierung von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten an Glaubwürdigkeit zurückgewonnen. Die Menschen glauben uns wieder, dass wir etwas gegen die Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft unternehmen wollen. Um diesen Trend in einen Wahlsieg umzusetzen, braucht die SPD neben starkem Personal vor allem sozialdemokratische Antworten auf drängende Fragen:
Wie können wir die historische Ungleichverteilung von Reichtum und Chancen mindern? Wie können wir Bildungsgerechtigkeit herstellen und Teilhabe für alle sichern, wie den wachsenden Rechtsextremismus bekämpfen und Politikverdrossenheit überwinden?
Gelingt es uns auf diese drängenden Fragen sozial gerechte Antworten zu finden hat die Sozialdemokratie wieder die Chance stärkste Kraft im Parlament zu sein und Visionen Wirklichkeit werden zu lassen.

Linke Politik beruht auf unseren Grundwerten Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Wir wollen den Menschen ein selbstbestimmtes gutes Leben ermöglichen, in dem sie sich frei von Ängsten entfalten können. Damit dies möglich wird, gibt es in der Bundesrepublik noch viel zu tun.

Wir fordern gute Arbeit!

- **Gleiche Arbeit, gleicher Lohn!**
  Leih- und Zeitarbeit müssen endlich wirkungsvoll reguliert und ein Missbrauch verhindert werden. Menschen brauchen Planungssicherheit und dürfen dieser nicht weiter durch Zeitarbeitsverträge beraubt werden.
- **Kein*e Arbeiter*in ist weniger wert!**
  Die Ausnahmen beim Mindestlohn waren ein Zugeständnis an die Union. Wir müssen weiter für deren Abschaffung kämpfen. Denn es darf nicht sein, dass ein gesellschaftlicher Konsens für Arbeitsstandards die Schwächsten außen vor lässt. Der Mindestlohn muss zum Leben reichen. Sozialversicherungsbefreite Minijobs lehnen wir weiterhin ab!
  Deshalb fordern wir:
  •Eine Erhöhung des Mindestlohns zum 1. Januar 2018
  •Eine deutlich stärkere Aufsicht der Auszahlung des Mindestlohns durch stichprobenartige Kontrollen
  •Deutliche Sanktionierung bei Nichteinhaltung
  •Möglichkeit der anonymen Meldungen der Nichteinhaltung des Mindestlohngesetzes von Arbeitnehmern als Schutz vor Kündigung
  •Zahlung des Mindestlohns ohne Ausnahmen an alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
  •Wir brauchen einen ökonomischen/volkswirtschaftlich sinnvollen langfristigen Schuldenabbau für die Bundesrepublik, ohne eine zwingende schwarze Null
  •Bürger*innenversicherung jetzt

•Kommunikation innerhalb der Partei fördern – keine Hinterzimmerpolitik

Diese Forderungen sind nicht nur eine Frage der Fairness, sondern sie beschneiden auch die bisher legalen Möglichkeiten den Mindestlohn zu umgehen.

- **Sachgrundlose Befristungen abschaffen!**
  Die SPD setzt sich seit einigen Jahren für die Abschaffung der Sachgrundlosen Befristung ein. Dennoch werden immer noch vielfach Menschen in befristete Arbeitsverträge gedrängt. Insbesondere junge Menschen leiden unter dieser fehlenden Planungssicherheit mit Konsequenzen für Familie, Freizeit, Gesellschaft und Demokratie.
  Begründete Befristungen werden auf höchstens 5 Jahre festgesetzt.
- **Equal-Pay durchsetzen!**
  Noch immer werden Frauen* in vergleichbaren Positionen im Durschnitt für die gleiche Arbeitszeit um 21 Prozent schlechter bezahlt als Männer. Diese Ungerechtigkeit konnte von allen bisherigen Versuchen für Endgeldgleichheit zu sorgen nicht aufgefangen werden. Wir fordern endlich wirkungsvolle Regelungen zu schaffen, um mit der strukturellen Diskriminierung von Frauen* auf dem Arbeitsmarkt zu brechen!
- **Ausbildung attraktiv gestalten!**
  Gut ausgebildete Facharbeiter*innen sind das Fundament der leistungsstarken Wirtschaft in unserem Land. Doch eine Ausbildung wird immer unattraktiver. Deshalb fordern wir eine Mindestausbildungsvergütung von mindestens 500 Euro netto im Monat, eine Beschränkung der Wochenarbeitszeit (inklusive Schulzeit) auf 35 Stunden - mit perspektivischer Anpassung an eine 30-Stundenwoche -, mindestens 26 Tage Urlaub im Jahr, die Einführung einer Ausbildungsplatzgarantie, eine Übernahmegarantie von mindestens einem Jahr, sowie eine Ausbildungsplatzumlage, die Gleichstellung einer Ausbildung mit dem Abitur sowie die Anrechnung der Ausbildungszeit auf die Beschäftigungszeit.
- **Rente muss zum Leben reichen!**
  Unser Ziel bleibt ein Rentensatz von mindestens 50 Prozent und die Umstellung auf das System der Bürger*innenversicherung, in die auch Selbständige und Beamt*innen einzahlen.
- **Arbeitslosigkeit darf keine Strafe sein!**
  Die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 haben die soziale Spaltung unserer Gesellschaft weiter verschärft. Fehler von damals lassen sich heute beheben. Deshalb fordern wir: eine Arbeitsversicherung, die einen Weiterbildungsfond beinhaltet und die Verlängerung der ALG I-Bezugsdauer. Strafen durch die Arbeitsagentur sollen deutlich reduziert und das Sperren der gesamten Bezüge abgeschafft werden.
  Insgesamt bleibt die 30-Stunden-Woche genauso das Ziel wie Lebensarbeitszeitkonten, über die Ausfallzeiten durch Pflege, Erziehung oder Vorruhestand ausgeglichen werden. Die ausgefallenen Arbeitsstunden können durch Vor- oder Nacharbeit erarbeitet werden. Somit läuft auch während des Arbeitsausfalls die Vergütung durch den/die Arbeitgeber*in weiter.

Wir fordern Umfairteilung!

- **Vermögen muss wieder besteuert werden!**
  Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Das Vermögenssteuergesetz muss reformiert und wieder in Kraft gesetzt werden.
- **Wer mehr verdient, muss auch mehr zahlen!**
  In Deutschland sind nicht nur Einkommen und Vermögen sehr ungleich verteilt, auch die Steuerlast wird vor allem von den Schultern der mittleren Einkommensschicht getragen. Dass starke Schultern mehr Last übernehmen müssen als schwache, darf nicht weiter eine hohle Phrase bleiben. Wir fordern daher die Erhöhung des Spitzensteuersatzes ab einem Einkommen von 100.000 Euro bei Einzelpersonen im Jahr auf 50%.
- **Abgeltungssteuer abschaffen!**

Wir fordern die Abschaffung der Abgeltungssteuer und die Gleichbehandlung von Kapital- und Arbeitseinkommen.

- **Finanztransaktionssteuer endlich einführen!**
  Die Umsetzbarkeit einer solchen Steuer wird von Ländern wie Belgien, Zypern, Irland, Finnland, Griechenland sowie Frankreich unter Beweis gestellt, in denen eine Finanztransaktionssteuer bereits existiert. Auch die EU-Kommission erachtete eine Finanztransaktionssteuer als zumutbare Belastung, da ein entsprechender Gesetzesentwurf bereits durch den seinerzeit amtierenden EU-Kommissionschef José Manuel Barroso vorgelegt wurde.
  Wir fordern deshalb die Einführung einer Transaktionssteuer auf nationaler und internationaler Ebene in einer Höhe von 0,05% bis 1%. Dieses entspricht der Höhe, der in den oben genannten Ländern eingeführten Finanztransaktionssteuern auf nationaler Ebene!
- **Erben ist keine Leistung!**
  Wir fordern, die Erbschaftssteuer zu erhöhen und steuerliche Vergünstigungen für Großkonzerne erheblich einzuschränken.

Wir fordern eine offene und demokratische Gesellschaft!

- **Keine Liebe ist mehr wert!**
  Die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften ist für uns eine Gerechtigkeitsfrage. Wir wollen die Ehe für alle und das volle Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare!
- **Gewalt im Netz bekämpfen!**
  Hasskommentare, Drohungen und Beleidigungen dürfen nicht weiter zum Netzalltag gehören. Hasskommentare richten sich im Internet vor allem gegen Frauen* und andere diskriminierte Gruppen. Das Internet darf nicht zum Raum für einige wenige werden. Wir fordern deshalb eine konsequentere Verfolgung von strafrechtlich relevanten Kommentaren im Internet.
- **Demokratie stärken!**
  Wählen will gelernt sein. Wir fordern das aktive Wahlalter auf 16 zu reduzieren.

Wir fordern gute Lebensbedingung – in Stadt und Land!

- **Wohnen ist Grundrecht**
  Wir fordern die Verankerung von Wohnen als Grundrecht bei der Novellierung von Landesverfassungen.
- **Auch junge Menschen haben Recht auf Stadt!**
  Im letzten Jahr wurde auf SPD-Initiative hin im Bund wieder begonnen in den sozialen Wohnungsbau zu investieren. Es muss weiter bezahlbarer Wohnraum für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen geschaffen werden. Wir fordern eine verbindliche 1/3-Sozialquote, wie sie beispielsweise in Hamburg schon praktiziert wird. Dabei soll festgelegt werden, dass ca. 30 Prozent der Wohnungen eines größeren Bauvorhabens Sozialwohnungen sind und ca. 30 Prozent der Wohnungen im mittleren, bezahlbaren Bereich gebaut werden müssen
- **Mietsteigerungen wirkungsvoll begrenzen!**
  Die Mietpreisbremse in ihrer jetzigen Form wirkt nicht. Wir fordern eine grundsätzliche Überprüfung der Regelung, um das Ansteigen von Mieten endlich wirkungsvoll zu begrenzen. Insbesondere Mieterhöhungen nach Modernisierungen müssen eingeschränkt werden. Darüber hinaus muss es eine rechtssichere Ausgestaltung von Mietspiegeln geben, in die mindestens die Vergleichsmieten der letzten 10 Jahre einfließen.
- **Ländliche Infrastruktur stärken!**

Auch auf dem Land muss es Menschen möglich sein, gleichwertige Lebensbedingungen vorzufinden. Wir fordern mehr Investitionen in die ländliche Infrastruktur und eine stärkere Unterstützung von ländlichen Kommunen bei der kommunalen Daseinsfürsorge.

Wir fordern Chancengleichheit!

- **Schluss mit den Reförmchen – Wir fordern BAföG für alle!**
  Die letzte BAföG-Reform war nicht ausreichend. Studierende leiden unter starkem Zeitdruck, um die Zwischenprüfung zu erreichen. Lernende sollten mehr Zeit zum Studieren bekommen und dennoch weiter finanziert werden.
  Darüber hinaus müssen endlich alle Menschen unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Erziehungsberechtigten BAföG bekommen können.
  Wir fordern ein elternunabhängiges BAföG!

- **Bildung muss kostenfrei sein – von der KiTa bis zur Hochschule!**
  Die SPD muss sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass gute Bildung nicht zum exklusiven Gut für einige wenige wird. Deshalb fordern wir das Bildung Wege und Optionen für Menschen in allen Altersklassen und mit sämtlichen sozioökonomischen Hintergründen eröffnet und nicht verwehrt. Bildung muss von der Kindheit an allen Menschen zugänglich sein. Auf Grund dessen, dass das dreigliedrige Schulsystem kategorisierend und in diesem Zuge auch klassifizierend und stigmatisierend in der Praxis wirkt, fordern wir eine Veränderung des Schulsystems, in dessen Mittelpunkt der Gedanke stehen muss, das dreigliedrige Schulsystem abzuschaffen, um ein vor allem gerechteres System schaffen zu können, welches den Menschen Perspektiven eröffnet. Unser Ziel muss es sein einen Schulabschluss für die Schüler*innen zu erwirken, der jedem Menschen unabhängig seiner Herkunft, Ethnizität und seiner Fähig-und Fertigkeiten und Behinderung dieselben Startchancen in unserer Gesellschaft bietet, sodass wir Schritt für Schritt der Inklusion unterschiedlicher Gruppierungen näherkommen anstatt der Exklusion. Und somit endlich den Weg beschreiten, den wir durch Unterzeichnung der UN-BRK eingeschlagen haben und zudem wir uns als Sozialdemokraten verpflichtet sehen, nämlich Bildung an das große Thema der sozialen Gerechtigkeit anknüpfen zu lassen.
  Auch Bestrebungen Studiengebühren in einzelnen Bundesländern wiedereinzuführen müssen wir entschlossen entgegen treten.

Wir fordern eine solidarische und ökologische Landwirtschaft und nachhaltige Ernährung!

- **Menschenunwürdige Arbeitsbedingungen beenden!**
  Wir wollen den Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, Perspektiven anbieten. Daher wollen wir zum einen eine Abkehr von „wachsen oder weichen“. Vor allem aber müssen die Arbeitsbedingungen für die Arbeitskräfte, häufig ungelernten Saisonarbeiter*innen aus Osteuropa, deutlich verbessert werden.
- **Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) geht auch nachhaltig!**
  „Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen!“ Wir wollen die Direktzahlungen senken und in die 2. Säule der GAP (Förderung ländlicher Räume) umschichten. Zudem brauchen wir Mechanismen, die effektiv den Tierbestand in Europa senken, wenn wir zu einer nachhaltigen Landwirtschaft gelangen wollen.
- **Subventionen hinterfragen!**
  Wir wollen eine Abschaffung von steuerlichen Anreizen bzw. Privilegien der Landwirtschaft und der Ernährungsindustrie, die den Nachhaltigkeitszielen widersprechen (z. B. Agrardiesel, Milchprogramm). Stattdessen muss die ökologische Landwirtschaft stärker gefördert werden und die Förderpraxis dahingehend geändert werden, dass nicht länger vor allem die industrielle Landwirtschaft profitiert.
- **Pflanzliche Produktionen stärken!**

Eine pflanzliche Ernährung ist wesentlich umweltfreundlicher als eine mit Fleisch (siehe Klimaschutzgutachten BMEL). Als Gesellschaft wollen wir Benachteiligungen von pflanzlichen Produkten (z.B. MwSt.- Satz von pflanzlichen Alternativen zu Kuhmilch) beenden und diese fördern, wo sie einen Beitrag zu einer gesunden, umwelt- und tierfreundlichen Ernährung liefert.

- **Globale Gerechtigkeit auch in der Landwirtschaft erkämpfen!**
  Europa muss seine Produktion an die vorhandenen natürlichen Ressourcen anpassen. Die nationalen Agrarmärkte der Entwicklungsländer müssen maßgeblich durch faire globale Handelsverträge mit hohen Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards gestärkt werden. Europa darf die nationalen Agrarmärkte der Entwicklungsländer nicht mehr durch billige Exporte und Importbeschränkungen zerstören.
- **Nachhaltige Gemeinschaftsverpflegung ermöglichen!**
  Millionen Essen werden jeden Tag in der Gemeinschaftsverpflegung nachgefragt. Entwicklungen hin zu einer leckeren, gesunden und nachhaltigen Gemeinschaftsverpflegung unterstützen wir. Wir sehen die Chancen und die Verantwortung über die Außerhausverpflegung Bio, Regional aber vor allem Obst und Gemüse zu bewerben. Außerdem wollen wir bei den Großküchengeräten und deren Energie und Wasserverbrauch ansetzen.

Wir fordern einen emanzipatorischen Verbraucher*innenschutz!

- **Lebensmittelampel einführen!**
  Auf den ersten Blick muss erkennbar sein, ob ein Produkt viel Zucker, Fett oder Salz enthält. Wir Sozialdemokrat*innen halten daher an der Lebensmittelampel fest! Um den Rückgang der Ernährungsbildung aufzuhalten und umzudrehen, brauchen wir zudem neue Wege in der Bildungspolitik.
- **Recht auf Verschlüsselung!**
  Digitale Kommunikation ist heute nicht mehr nur für kriminelle Angreifer*innen wie offen ausliegende Postkarten lesbar, sondern die Speicherung von Daten durch private und staatliche Akteure inzwischen Standard. Um das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung zu stärken, fordern wir den umfassenden Ausbau von Verschlüsselungstechnologie, beispielsweise durch ein Recht auf verschlüsselte Kommunikation mit staatlichen Institutionen.
- **Personenbezogene Daten schützen!**
  Daten sind mittlerweile eine gängige Währung im internationalen kapitalistischen System. Besonders wertvoll sind solche Daten, die Auskunft über Verhalten, Vorlieben und Fähigkeiten von Personen geben. Diese gilt es besonders zu schützen: durch Transparenz, Regelungen zur Zweckbindung und Rückholbarkeit. Eine Abkehr vom Prinzip der Datensparsamkeit lehnen wir ab.

Energiewende

2016 wurde ein historischer Wert bei der Windenergie in Hessen erreicht, erstmals wurden mehr als 330 MW an Leistungszuwachs verzeichnet - insgesamt 112 Anlagen gingen ans Netz. Nur 2 andere Bundesländer hatten weniger Zuwachs zu verzeichnen, Rheinland-Pfalz und das Saarland. Derzeit sind weitere 550 MW an neuen Anlagen vom Regierungspräsidium genehmigt.
Wie die weitere Entwicklung in (Nord)Hessen verlaufen wird wenn nicht weitere politische Impulse für den Ausbau gesetzt werden ist in Anbetracht der Neuauflage des Erneuerbare Energien-Gesetzes derzeit nicht abzusehen. (Nord)hessen darf nicht das Schlusslicht bei den Erneuerbaren Energien, bei der Energiewende im 21. Jahrhundert werden. Das Land muss hier Anreize für kommunale Versorger schaffen, um Planungssicherheit zu schaffen und den Ausbau und die Bindung von Arbeitsplätzen in der Region in dieser Schlüsseltechnologie zu realisieren.

Wir fordern die Unterstützung von kommunalen Anbietern bei der Planung, Finanzierung und

Realisierung von neuen Windkraftanlagen, wie auch die Unterstützung beim Repowering von Bestandsanlagen in kommunalem Besitz.

2016 wurde auch in der Elektromobilität ein historischer Wert erreicht - ein niedriger. Hessen hat lediglich 622 Ladepunkte für E-Autos - 2014 waren es noch 634. Es gibt nicht einmal an jeder fünften Tankstelle entlang Hessens Autobahnen Ladesäulen, um die Elektromobilität zu realisieren. Wie kann in einer solchen Ausgangslage beim Bürger das Gefühl der Sicherheit in die Elektromobilität und die Planungsfähigkeiten der derzeitigen Landesregierung entstehen?

Wir fordern den wirklichen Ausbau von Ladesäulen an öffentlichen Parkplätzen, Autobahn-Raststätten und entlang strategischer Routen in (Nord)Hessen, damit (Nord)Hessen nicht bei der Elektromobilität und dem autostrukturellem Wandel zurückbleibt.

Wir fordern ein globales Recht auf Migration!

- **Migration ist Menschenrecht!**
  Wir setzen uns in der Bundesrepublik für ein progressives Einwanderungsgesetz ein. Menschen, die in Deutschland leben, arbeiten oder sich bilden wollen, müssen die Chance dazu bekommen unabhängig davon, wo sie geboren wurden. Freizügigkeit – wie wir sie innerhalb des Schengener Abkommens in der EU leben – muss auch weltweit möglich sein! Nationale Grenzen sind Konstrukte, die wir ablehnen.
  Wir fordern deshalb alle europäischen Mitgliedsstaaten auf, die europäischen Freizügigkeitsregeln in der EU auch tatsächlich für Menschen aus den europäischen Mitgliedsstaaten wie auch für Menschen aus anderen Ländern außerhalb der EU zu praktizieren und diese auch global zu verwirklichen.

Wir befinden uns in einem Schicksalsjahr für die deutsche Sozialdemokratie: Martin Schulz hat uns Glaubwürdigkeit zurückgegeben, die wir durch ein Programm der sozialen Gerechtigkeit und eine Regierungspolitik des gesellschaftlichen Fortschritts weiter stärken und bestätigen müssen. In den nächsten Wochen und Monaten wird es darauf ankommen, für unsere Ziele einer gerechten Gesellschaft ohne Angst und Ausgrenzung zu werben. Mit Martin Schulz als Kanzlerkandidat und einem linken Programm wird uns der linke Politikwechsel gelingen.

Begründung:
Erfolgt mündlich.

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	I 1
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	Juso- Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag
Betr.:	Längeres Bleiberecht für Opfer Rechtsradikaler

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Das Innenministerium des Bundeslands Brandenburg sieht einen Erlass vor, der effektiv rassistisch motivierte Straftaten eindämmen kann: Ein längeres Bleiberecht für Flüchtlinge, die Opfer rechter Gewalt wurden. Dieses soll zumindest für die Dauer der Ermittlungs- und Strafverfahren gelten.
Die Jusos fordern daher, dieses Konzept auch in Hessen zu übernehmen, um Straftaten erfolgreich einzuschränken und Opfern rechter Gewalt Schutz und Sicherheit zu bieten.

Begründung:
In Hessen gab es laut den hessischen Ermittlern alleine im Jahr 2015 mindestens 42 politisch rechts motivierte gewaltsame Übergriffe auf Asylsuchende und Flüchtlingsheime. Das brandenburgische Konzept in Hessen umzusetzen wäre ein wichtiger Schritt, präventiv Straftaten gegen Flüchtlingen vorzubeugen, da rechtsradikal motivierte Straftaten eine positive Auswirkung auf die Bleibeperspektive der betroffenen Flüchtlinge haben werden.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	I 2
Antragsteller:	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion
Betr.:	"Hesse ist, wer Hesse sein will" – Gegen die Aufnahme eines Gottesbezugs in die Präambel der hessischen Verfassung

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Wir fordern den Juso-Landesverband Hessen, die SPD Hessen sowie die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag dazu auf, sich gegen die Aufnahme eines Gottesbezugs in die Präambel der hessischen Verfassung einzusetzen. Wir fordern eine Präambel frei von religiös-weltanschaulichen Formulierungen, die offen ist für alle in Hessen lebenden Menschen im Sinne der vom ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Georg-August Zinn formulierten Worte: "Hesse ist, wer Hesse sein will."

Begründung:

Seit 1946 lautet die Präambel der hessischen Verfassung:

> "In der Überzeugung, daß Deutschland nur als demokratisches Gemeinwesen eine Gegenwart und Zukunft haben kann, hat sich Hessen als Gliedstaat der deutschen Republik diese Verfassung gegeben."

Die CDU-Fraktion im hessischen Landtag beabsichtigt, im Zuge des aktuellen Verfassungsreformprozesses die Präambel wie folgt zu ändern:

> „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, in dem Willen, Würde, Leben und Freiheit des Einzelnen zu achten, den Wohlstand der Menschen zu fördern, das Gemeinschaftsleben in sozialer Gerechtigkeit zu ordnen, die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig zu schützen, den Frieden zu sichern, den Rechtsstaat zu erhalten und als lebendiges Glied der Bundesrepublik Deutschland einem vereinten Europa und der Welt zu dienen, hat sich Hessen, eingedenk seiner Geschichte und christlich-humanistischen Tradition, ausgehend von den leidvollen Erfahrungen totalitärer Gewaltherrschaft und in der Überzeugung, dass Deutschland nur als demokratisches Gemeinwesen eine Gegenwart und Zukunft haben kann, diese Verfassung gegeben."

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	B 1
Antragsteller:	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
Adressat:	Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion
Betr.:	Übernahme der Schüler*Innenbeförderungskosten für die Sekundarstufe II sowie duale Berufsausbildungen

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die Hessen SPD und die hessische SPD-Landtagsfraktion werden dazu aufgefordert, sich für eine Änderung des § 161 Hessisches Schulgesetz einzusetzen. Diese soll beinhalten, dass die Kosten für die Schüler*Innenbeförderung nicht nur in der Primarstufe sowie der Sekundarstufe I durch den Träger der Schüler*Innenbeförderung übernommen werden, sondern auch für den Besuch der Sekundarstufe II (gymnasiale Oberstufe) sowie der gesamten dualen Berufsausbildung. Das Land beteiligt sich analog der bisherigen Regelungen für die Sekundarstufe I an den Kosten.

Begründung:
Der Träger der Schüler*Innenbeförderung übernimmt die Kosten der Schüler*Innenbeförderung grundsätzlich - bei der Benutzung des öffentlichen Personennahverkehrs - für die Primarstufe, die Sekundarstufe I, das erste Jahr einer dualen Berufsausbildung und einiger weiterer Schulformen im Bereich der beruflichen Bildung. Während die Kosten für den Transfer zwischen Wohnung und Schule im Rahmen des Besuchs der Primar- sowie der Sekundarstufe I erstattet werden - der Hauptschulabschluss und die mittlere Reife also unabhängig von der wirtschaftlichen Situation der Eltern erreicht werden können - hängt insbesondere der Besuch der Sekundarstufe II - und damit die Erlangung der allgemeinen Hochschulreife - in einigen Fällen davon ab, ob die Eltern die Beförderungskosten zur Schule aufbringen können. Im Rahmen einer dualen Berufsausbildung werden die Kosten im ersten Ausbildungsjahr übernommen, anschließend jedoch nicht mehr.

Vor allem in ländlichen Regionen sind viele Schüler*Innen darauf angewiesen, mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die Schule zu kommen. Fahrkarten sind jedoch insbesondere in diesen Gebieten sehr teuer. Wer die gymnasiale Oberstufe besuchen möchte verfügt darüber hinaus im Regelfall nicht über ein eigenes Einkommen. Im Zuge der Chancengerechtigkeit sollte der Staat daher die Beförderungskosten auch beim Besuch der gymnasialen Oberstufe übernehmen. Der Zugang zu allen Stufen schulischer Bildung darf nicht daran scheitern, dass der Weg zur Schule zu teuer ist.

Auszubildende beziehen zwar ein Ausbildungsentgelt, dieses sollte jedoch nicht schon durch die Kosten für den Weg zur Berufsschule aufgebraucht werden. Auch hier sollen daher, über das erste Ausbildungsjahr hinaus, die Beförderungskosten erstattet werden.

Begründung:

☐ angenommen
☐ abgelehnt

41 ☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	B 2
Antragsteller:	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
Adressat:	Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion
Betr.:	Englisch als Pflichtfach bei Ausbildungsberufen und Studiengängen für den öffentlichen Dienst etablieren

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die Hessen SPD und die hessische SPD-Landtagsfraktion werden dazu aufgefordert, sich für die Etablierung des Pflichtfachs Englisch sowie weiterer Sprachen als Wahlfächer bei allen Ausbildungsberufen und Studiengängen im Bereich des öffentlichen Dienstes einzusetzen. Dies gilt insbesondere für den Beruf der/des Verwaltungsfachangestellten sowie das Studium für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst und alle Aufbaulehrgänge für die Grundlagen des Verwaltungshandelns. Der Unterricht soll dabei vor allem für die berufliche Praxis notwendiges Fachvokabular vermitteln und dem/der Auszubildenden bzw. Studierenden eine Konversation mit Menschen ermöglichen, die die deutsche Sprache nicht sprechen können.

Begründung:
Seit einigen Jahren leben viele Menschen in Deutschland, die aus ihrer Heimat geflüchtet sind, um Krieg und Verfolgung zu entgehen. Vor allem diese Menschen sehen sich regelmäßig der Situation ausgesetzt, Behördengänge tätigen zu müssen, um - bspw. im Rahmen ihres Asylverfahrens oder weitergehender Hilfen - Anträge zu stellen. Gleiches gilt für EU-Bürger*Innen, die in Deutschland ihre Arbeitnehmer*Innenfreizügigkeit alleine oder zusammen mit ihren Familien wahrnehmen möchten.

Deutsch sprechen nur wenige von ihnen, Englisch umso mehr. Momentan ist es jedoch nicht ohne weiteres möglich, bei einem Behördengang mit den Mitarbeiter*Innen auch auf Englisch zu kommunizieren. Das liegt zwar auch an jenen Kolleg*Innen, die sich hinter der Regelung: "Die Amtssprache ist deutsch." aus § 23 Absatz 1 Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz verschanzen, vor allem aber an der mangelhaften Ausbildung im Bereich der Fremdsprachen.

In Hessen ist das Fach Englisch weder bei der Ausbildung zum/zur Verwaltungsfachangestellten, noch im Rahmen des Studiums für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst Teil des Lehrplans. Dies hat zur Folge, dass viele - gerade junge - Kolleg*Innen zwar gerne auch auf Englisch beraten würden, sie dazu aber fachlich nicht in der Lage sind, da sie hierfür schlicht und ergreifend nicht ausgebildet wurden. In einer pluralistischen und proeuropäischen Gesellschaft sollte es daher selbstverständlich sein, dass der Staat seine Arbeitnehmer*Innen und Beamt*Innen dazu befähigt, Englisch im beruflichen Alltag sprechen zu können.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	S 1
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	Juso Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag
Betr.:	Beitragsbemessungsgrenze abschaffen

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung sowie der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung liegt (Stand 2017) bei einem Arbeitsentgelt von 76.200€ in den alten sowie 68.400€ in den neuen Bundesländern. In der knappschaftlichen Rentenversicherung liegt sie bei 94.200€ in den alten und 84.000€ in den neuen Bundesländern. Die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung liegt (Stand 2017) bei 52.200€. Wer mehr verdient als in diesen Beträgen genannt, muss darüber hinaus keine Sozial-versicherung zahlen.
Die Beitragsbemessungsgrenze soll abgeschafft werden, um eine umfassendere Versorgung kranker, pflegebedürftiger, arbeitsloser oder alter Menschen zu gewährleisten. Außerdem sollen die aus den Einzahlungen entstehenden Forderungen gedeckelt werden, so dass es nicht zu Übermäßigen Ansprüchen einiger Weniger kommen kann. Des Weiteren sollen alle Einkommensarten zur Finanzierung der Sozialversicherungssysteme herangezogen werden. Es kann hier aus sozialdemokratischer Perspektive nicht sinnvoll sein, dass das Einkommen über Arbeit hier die Hauptlast trägt.

Begründung:
Einen Prozentteil des Einkommens in die Sozialversicherung einzuzahlen, von der sämtliche Bürger in Deutschland profitieren, sind ein faires und solidarisches Modell und ein wesentlicher Bestandteil unseres Sozialstaats. Dieses Prinzip bei Großverdienern auszuhebeln, ist der falsche Weg.
Die Mehreinnahmen des Staates könnten für ein würdigeres Leben im Alter, bessere Standards sowie besser bezahlte Arbeitsplätze in der Pflege, weniger Zusatzkosten bei Krankheiten sowie eine bessere Grundversorgung und für eine erfolgreiche Reintegration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt genutzt werden.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	S 2
Antragsteller:	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag
Betr.:	Lernförderung von Kindern mit SGB II Bezug

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die SPD möge sich dafür einsetzen, dass eine ergänzende öffentliche Lernförderung von Kindern, deren Eltern Leistungen nach dem SGB II beziehen, in den beiden letzten Jahrgängen der jeweils gewählten Schulform über das bloße Erreichen der wesentlichen Lernziele hinausgeht, finanziert wird. Dabei darf das dauerhafte Ziel, dass keine Schüler*innen zurückgelassen werden, im Bildungssystem nicht aus den Augen verloren werden.

Begründung:

Nach § 28 Abs. 5 SGB II ist eine schulische Angebote ergänzende angemessene Lernförderung zu berücksichtigen, soweit diese geeignet und zusätzlich erforderlich ist, um die schulrechtlich festgelegten Lernziele zu erreichen. Das wesentliche Lernziel in der jeweiligen Klassenstufe ist regelmäßig die Versetzung in die nächste Klassenstufe beziehungsweise ein ausreichendes Leistungsniveau (BT-Drs. 17/3404 S. 105). Für Abschlussklassen gilt das Erreichen des Schulabschlusses als wesentliches Lernziel. Eine Lernförderung ist nicht erforderlich, wenn sie dazu dient, ein höheres Leistungsniveau zu erreichen. Auch die Notwendigkeit der Lernförderung im Hinblick auf die Stabilisierung eines befriedigenden Leistungsniveaus wurde u. a. vom Hessischen Landessozialgericht abgelehnt.

Für Bewerbungen um Ausbildungsplätze wird allerdings häufig ein guter (zumindest befriedigender) Schulabschluss vorausgesetzt. Eltern, welche Transferleistungen beziehen, ist es regelmäßig nicht möglich, ihren Kindern in den beiden letzten Jahrgängen ihrer schulischen Laufbahn die notwendige Förderung zu ermöglichen, um den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden. Gerade in diesen Jahrgängen sind die Leistungen für den weiteren beruflichen Weg entscheidend. Eine gleichberichtigte Nutzung beruflicher Möglichkeiten ist mit der derzeitigen Regelung nicht gegeben.

Es ist bekannt, dass in Deutschland die Bildungschancen stärker als in anderen Industrieländern von der sozialen Herkunft abhängen. So entscheidet u. a. das Einkommen der Eltern über den Bildungserfolg der Kinder und Lebenschancen werden häufig „sozial vererbt“. Weil gerade Bildung ein zentraler Schlüssel für gute Beschäftigung ist, gilt es, finanzielle Hürden in diesem Bereich abzubauen. Der vorliegende Antrag unterstützt das Leitmotiv der SPD-Bundestagsfraktion: Chancengleichheit für alle.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	St 1
Antragsteller:	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
Adressat:	SPD Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im EU-Parlament, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress
Betr.:	Gerechtigkeit bei der Steuerpflicht

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die SPD soll die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass deutsche Staatsangehörige ihrer Einkommenssteuerpflicht unabhängig von ihrem Aufenthaltsort nachkommen müssen. Es soll nicht länger möglich sein, durch Wechsel des Wohnortes ins Ausland, z.B. von Deutschland in die Schweiz, steuerpflichtiges Einkommen am Fiskus und einer gesellschaftlich gerechten Besteuerung vorbei zu schleusen.

Begründung:
Derzeit ist es möglich, dass Bundesbürgerinnen sich gegenüber der Allgemeinheit und der Gesellschaft steuerliche Vorteile verschaffen durch eine Verlagerung ihres Wohnorts. Um Gerechtigkeit in die Erbringung der Einkommenssteuerpflicht zu bringen, muss der Gesetzesgeber die Rahmenbedingungen schaffen, die eine Verfolgung und Unterbindung dieser Steuerflucht, bzw. die Rahmenbedingungen für eine Erfassung und Rückführung der entgangenen Steuern schaffen.
Diese Rahmenbedingungen könnten sich auf Basis der bestehenden Regelungen für Steuerfreibeträge in Deutschland orientieren. So werden Menschen, die ihren Wohnort in ein Land mit niedrigen Löhnen verlegt haben, nicht ungerecht steuerlich belastet.
Eine solche Regelung sollte nur fällig werden auf Differenzbeträge zwischen den Regelsätzen in der jeweiligen Wahlheimat und den bestehenden und fälligen Regelsätzen in Deutschland. So wird in Deutschland nur die Differenz zwischen dem deutschen Steuersatz und dem aus dem Ausland fällig, um eine Doppelbelastung zu vermeiden.
Derzeit ist in Deutschland jedes Einkommen ab dem Betrag von 8.820 € im Jahr zu versteuern. Bei Verheirateten oder Mitgliedern einer eingetragenen Lebensgemeinschaft sind es 17.640,00€, wenn sie ihre Erklärung zusammen abgeben. Hat jemand seinen Wohnsitz im Ausland, wird dieser Betrag aber nicht fällig. Als im Ausland lebende Person hat man als deutscher Staatsbürger dennoch einige Vorteile. So kann man jederzeit in einer deutschen Botschaft um Schutz oder Beistand bitten. Außerdem können sie nach wie vor in einer Botschaft wählen. Deshalb sollten sie auch weiterhin ihren Teil für den deutschen Staat beisteuern nach einem Model, wie es in vielen anderen Ländern bereits gängige Praxis ist, wie z.B. den USA. Mit einer wie hier vorgeschlagenen Regelung wird vermieden, dass Menschen mit großen Einkommen ihren Wohnsitz für steuerliche Ersparnisse verlegen und ein gesellschaftlicher Steuerschaden entsteht. Im Sinne einer steuerlichen Gerechtigkeit muss der Gesetzesgeber hier handeln, um Gerechtigkeit zu schaffen.

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	D 1
Antragsteller:	Bezirksvorstand
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag
Betr.:	Sozialdemokratie für das digitale Zeitalter

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Das Internet als Politikbereich ist schon lange kein Nischenthema mehr, dass nur Expert*innen der Informationstechnologie betrifft. Seit der Jahrtausendwende und nochmal verstärkt mit dem Einzug des Smartphones ist die Digitalisierung aus unserem Alltag kaum mehr weg zu denken. Wir informieren uns online, kommunizieren ortsunabhängig in Echtzeit miteinander, spielen, lieben und organisieren uns im Internet. „Smart“ sind heute nicht nur das Telefon, die Armbanduhr, der Fernseher, der Kühlschrank oder das Auto. Die digitale Revolution der Arbeitswelten ist in vollem Gange. Menschen organisieren sich über die ganze Welt hinweg, um am kulturellen und politischen Leben teilzuhaben, organisieren kulturelle Vielfalt, Solidaritätsaktionen, Widerstände und ganze Revolutionen - gleichzeitig nimmt das Interesse an Parteien, insbesondere in unserer Generation, stetig ab. Staatliche wie private Akteur*innen konnten eine Überwachungsinfrastruktur durchsetzen, die längst Orwell’sche Züge angenommen hat.

Ob Utopie oder Dystopie, das Internet ist längst zu einem eigenen Lebensraum erwachsen - höchste Zeit also, die Sozialdemokratie für das digitale Zeitalter fit zu machen.

Das Internet als offene Gesellschaft: frei, gleich und solidarisch!
Es ist unsere Überzeugung, dass eine Gesellschaft nur dann gerecht ist, wenn sie für alle Menschen offen ist. Das heißt nicht, dass alle die gleichen Vorlieben, Talente oder Überzeugungen teilen müssen, sondern, dass wir Vielfalt als bereichernd anerkennen und allen Menschen Gelegenheit geben, ein würdiges Leben nach ihren eigenen Wünschen zu führen.

Es ist also unsere Aufgabe in der Tradition der Sozialdemokratie, die Freiheit der Individuen gegenüber dem Staat, aber auch gegenüber dem kapitalistischen System zu verteidigen. War es früher der Kampf gegen Erb-Tyrannei und für Demokratie, der zur Französischen Revolution und viel später zum Frauenwahlrecht führte, so haben sich in Zeiten der Digitalisierung neue Herausforderungen entwickelt: staatliche Überwachungsinstanzen verfolgen heute auch in sogenannten westlichen Demokratien jeden unserer Schritte, hören jedes unserer Worte mit. Im Gespräch sind u. A. der „Citizen Score“ in China, nach dem das am meisten angepasste Verhalten der Bürger*innen belohnt und Abweichungen sanktioniert werden sollen. Ähnliches planen bereits gewinnorientierte Unternehmen in Europa: von der Krankenkasse, die Bewegungs- und Ernährungsverhalten überwacht, bis hin zur KFZ-Versicherung, die Fahrweisen analysiert, ist es nur ein kleiner Schritt von finanziellen Anreizen zu verhaltensbeeinflussender Willkür. Obgleich ein Schritt zurück zur analogen Zeit unser Ziel nicht sein kann, bedürfen technische Möglichkeiten der demokratischen Kontrolle.

Das dezentrale Internet trägt die Wurzel des gleichen Zugangs zu Bildung, Kultur und demokratischer Partizipation in sich. Junge Menschen organisieren ihre außerschulische

Bildung in kreativer Weise anhand ihrer individuellen Fähigkeiten und Interessen selbst, schließen sich lose und persönlich zu Communities zusammen. Doch über allem Fortschritt schwebt der „digital divide“, den es sowohl in der analogen als auch in der digitalen Welt zu überwinden gilt: kostenloser Zugang zu Bildung von Anfang an, Medienkompetenz, die Fähigkeiten zum kritischen Lesen und der Quellenbewertung aber auch das freie Verfügen über Zeit sind längst Fragen der sozialen (Un-)Gleichheit geworden.

Unter dem Schlagwort „hate speech“ verstehen wir inzwischen den entgrenzten Hass, der anonym in die Welt geschleudert wird. Hier zeigen sich gesellschaftliche Zerwürfnisse, die beispielsweise über die Mitte-Studie als Xenophobie und Sexismus seit langem in der Mitte der Gesellschaft nachgewiesen wurden. Dieser offensichtliche Hass und die dahinterliegende Angst bedürfen einerseits unserer Solidarität gegenüber den Angegriffenen, anderseits einer weitreichenden Bildungsinitiative und des rechtsstaatlichen Eingreifens.

Deshalb fordern wir:

- Flächendeckender Ausbau der Internet-Zugänge
- Netzneutralität erhalten
- Förderung von Freifunk und ähnlichen nicht-staatlichen Initiativen, auch auf kommunaler Ebene
- Störerhaftung endgültig abschaffen
- Förderung unabhängiger Initiativen zur Aufklärung und Richtigstellung von Fake News
- Strafrechtliche Verfolgung von Hate Speech und Stärkung des Opfer*innenschutzes
- Stärkung öffentlich-rechtlicher Medien und Bürger*innenmedien
- Digitale Bildung von Anfang an
- Ausstattung an allen (Weiter-)Bildungseinrichtungen verbessern

Datensouveränität und Datenschutz gehören zusammen!

„1987 brachte eine staatlich organisierte Volkszählung noch die Menschen auf die Straße. Heute schenken wir unsere Daten einfach so an amerikanische Konzerne ab“ heißt eine auch in der SPD nicht selten gezogene Parallele. Doch daraus abzuleiten, dass Datenschutz heute für die Mehrheit der jungen Menschen unwichtig geworden, wir ganz auf Datensparsamkeit verzichten können, ist ein Fehlschluss.

Unsere Generation ist sich sehr wohl bewusst, in welchem Umfang Facebook, Google und Co. unsere personenbezogenen Daten speichern. Doch ist die Entscheidung für den Schutz der eigenen Daten und gegen das Mitmachen inzwischen ein gesellschaftlicher Exklusionsprozess: wer sich nicht zumindest in einem Mindestmaß beteiligt oder technisch beflissen Alternativen zu nutzen weiß, ist schnell außen vor. Es stellt sich die Frage, die wir als Sozialdemokrat*innen im Bereich der Wasser-, Strom- und Wohnraumversorgung längst beantwortet haben: halten wir es als Gesellschaft aus, wenn Daseinsvorsorge privatisiert, zur Ware und damit verknappt wird? Halten wir es aus, wenn die freie Entscheidung nur für die Gewinner*innen kapitalistischer Konkurrenzen bestehen bleiben und diejenigen, die im Besonderen auf Fairness angewiesen sind, außen vor bleiben? Die Antwort darf nicht sein, dass nur diejenigen souverän mit ihren Daten umgehen, die sich privat fortbilden und informieren können. Wir brauchen klare staatliche Regelungen, die das Prinzip der Datensparsamkeit zum Standard erheben. Nur, wenn der öffentliche Raum demokratischen Prinzipien folgt, ist eine Teilhabe aller im Sinne einer offenen Gesellschaft möglich.

Deshalb fordern wir:

- die Weiterentwicklung europäischer und nationaler Datenschutzstandards. Dabei muss gelten:
    - Transparenz
    - Zweckbindung
    - Widerrufbarkeit

    - Stärkung der Rolle der Datenschutzbeauftragten in staatlichen wie privatrechtlichen Organisationen
    - Schutz von Whistle-Blower*innen
    - Einrichtung einer unabhängigen Instanz, die prüft, inwieweit Datenschutzstandards eingehalten werden
- Klare Zuständigkeiten in den Ländern und im Bund über Digitalisierungsministerien
- privacy by design
- Stärkung von Open Source-Software und freien Informationsdatenbanken auf allen Ebenen, angefangen in der Kommune

Privatsphäre vor Allmachtsphantasien schützen!
Das sorgfältige Austarieren von Freiheit und Sicherheit ist ein Prozess, der demokratische Staaten seit ihrer Gründung bewegt. Im digitalen Zeitalter scheint sich diese Frage der Mehrheit sowohl innerhalb der SPD als auch unserer Gesellschaft kaum mehr zu stellen. Schnell wird Maßnahmen zugestimmt, die ganze Bevölkerungsgruppen unter Generalverdacht stellen: Funkzellenabfragen, die das Auswerten der Daten von Millionen Menschen legitimieren, Aussetzen von Menschen- und Bürger*innenrechten für Menschen mit Migrationshintergrund, denen mit rechtsstaatlichen Methoden keine Straftaten nachgewiesen werden können, anlasslose Massenüberwachung über Vorratsdatenspeicherung - um nur einige Beispiele zu nennen. Die Debatte um Freiheit und Sicherheit muss wieder verstärkt geführt werden - nicht nur in geschlossenen Parteigremien, sondern öffentlich und unter hürdenarmer Beteiligung aller Interessierter.

Deshalb fordern wir:
- Diskriminierungsfreie Anwendung der Menschen- und Bürgerrechte
- Anlassbezogene Sicherheitsmaßnahmen statt anlassloser Massenüberwachung
- Recht auf verschlüsselte Kommunikation mit öffentlichen Institutionen
- Ende-zu-Ende-Verschlüsselung muss zum Standard werden
- Schutz von Whistle-Blower*innen

Demokratie 4.0: wir organisieren digitale Teilhabe!
Große Datensammlungen haben sowohl das Potential zur Gefahr als auch zur Stärkung kultureller und demokratischer Teilhabe. Das Internet bietet insbesondere jungen Menschen - aber auch immer mehr „silver surfern“ - die Gelegenheit, sich unabhängig von ihrem Aussehen, ihrem Auftreten und ihrer Anwesenheit an demokratischen Prozessen zu beteiligen. Von der Unterschriftenliste über die Beantwortung von Fragen bis hin zum Erlernen demokratischer Prozesse, können wir als Partei vieles von bestehenden und sich neu entwickelnden Prozessen lernen.

Deshalb fordern wir:
- Stärkung des Informationsfreiheitsgesetzes
- Schnelle und umfassende Veröffentlichung staatlich erhobener Daten ohne Personenbezug unter offenen Lizenzen.
- Überarbeitung des Urheberrechts unter Berücksichtigung eines Rechts auf Remix

Nur, wenn wir die Sozialdemokratie fit machen für das digitale Zeitalter, können wir unsere offene Gesellschaft langfristig erhalten und weiter stärken.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	D 2
Antragsteller:	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag
Betr.:	Freifunk-Angebote in kommunalen Einrichtungen

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

1. Kommunen richten in ihren Einrichtungen, insbesondere öffentlichen Gebäuden wie Dorfgemeinschaftshäusern und Freizeitanlagen, Freifunk-Angebote ein. Dabei arbeiten sie mit bestehenden Angeboten zusammen und werben um Nachahmer*innen.

2. Kommunen unterstützen die Einrichtung von Freifunk-Angeboten durch Privatpersonen auf Antrag durch die Übernahme der Kosten mit bis zu 75 Prozent bis zu einem Höchstbeitrag von 60 Euro.

3. Landkreise, Land und Bund unterstützen die Kommunen dabei finanziell.

Begründung:

Freifunk (www.freifunk.net) ist ein nicht-kommerzielles Gemeinschaftsprojekt, das bestehende Internetanschlüsse über ein eigenständiges, sicheres und von bestehenden Netzen getrenntes WLAN-Angebot im öffentlichen Raum erreichbar macht. Durch die lose Zusammenarbeit mehrerer Privatpersonen und Organisationen entsteht ein Internetangebot, das mittelfristig flächendeckende und kostenlose Internetzugänge realisieren kann.

Ein Freifunk-Angebot stellt keine Konkurrenz zu bestehenden privaten kabelgebundenen Internetanschlüssen dar, da es durch die Nutzung durch mehrere Nutzer*innen im Vergleich häufig langsamer ist. Der/die Anschlussinhaber*in eines Internetzugangs erleidet durch ein Freifunk-Angebot hingegen keine Geschwindigkeitseinbußen, da es sich um ein separates Netz handelt, das immer nur so schnell ist, wie das Hauptnetz ungenutzt ist. Nach einem Urteil des EuGH (C-484/14) zur sog. Störerhaftung gilt: „ein Geschäftsinhaber, der der Öffentlichkeit kostenlos ein WiFi-Netz zur Verfügung stellt, ist für Urheberrechtsverletzungen eines Nutzers nicht verantwortlich“.

Mehrere Kommunen, darunter die Universitätsstadt Marburg, unterstützen bereits die Einrichtung von Freifunk-Angeboten finanziell. Diesem Vorbild wollen wir flächendeckend folgen und durch eigene kommunale Angebote vorantreiben.

Durch die Einrichtung eines Freifunk-Angebots erweitern Kommunen einerseits das bestehende Freifunk-Netz. Gleichzeitig verschaffen sie dieser Initiative in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit und motivieren zur Nachahmung.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	D 3
Antragsteller:	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag
Betr.:	Wilhelm-Pfannkuch-Haus richtet Freifunk-Angebot ein

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die SPD Hessen-Nord richtet im Wilhelm-Pfannkuch-Haus in der Humboldstraße 8a in Kassel ein Freifunk-Angebot ein.

Begründung:

Freifunk (www.freifunk.net) ist ein nicht-kommerzielles Gemeinschaftsprojekt, das bestehende Internetanschlüsse über ein eigenständiges, sicheres und von bestehenden Netzen getrenntes WLAN-Angebot im öffentlichen Raum erreichbar macht. Durch die lose Zusammenarbeit mehrerer Privatpersonen und Organisationen entsteht ein Internetangebot, das mittelfristig flächendeckende und kostenlose Internetzugänge realisieren kann.

Ein Freifunk-Angebot stellt keine Konkurrenz zu bestehenden privaten kabelgebundenen Internetanschlüssen dar, da es durch die Nutzung durch mehrere Nutzer*innen im Vergleich häufig langsamer ist. Der/die Anschlussinhaber*in eines Internetzugangs erleidet durch ein Freifunk-Angebot hingegen keine Geschwindigkeitseinbußen, da es sich um ein separates Netz handelt, das immer nur so schnell ist, wie das Hauptnetz ungenutzt ist. Nach einem Urteil des EuGH (C-484/14) zur sog. Störerhaftung gilt: „ein Geschäftsinhaber, der der Öffentlichkeit kostenlos ein WiFi-Netz zur Verfügung stellt, ist für Urheberrechtsverletzungen eines Nutzers nicht verantwortlich“.

Die SPD Hessen-Nord kauft für das Wilhelm-Pfannkuch-Haus in Kassel einen freifunkfähigen WLAN-Router mit Kosten von unter 100 Euro.

Durch die Einrichtung eines Freifunk-Angebots erweitert die SPD Hessen-Nord einerseits das in Kassel bereits gut ausgebaute Freifunk-Netz. Gleichzeitig verschafft sie dieser Initiative innerhalb der Partei und in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit und motiviert zur Nachahmung.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	J 1
Antragsteller:	Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg
Adressat:	Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion
Betr.:	Einrichtung von Kinder- und Jugendparlamenten

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die Hessen SPD und die hessische SPD-Landtagsfraktion werden dazu aufgefordert, sich für eine Gesetzesänderung zur Einrichtung von Kinder- und Jugendparlamenten in der Hessischen Gemeindeordnung einzusetzen. Diese soll mindestens folgende Regelungen enthalten:

- Kinder- und Jugendparlamente sind in allen Landkreisen sowie allen Städten mit mehr als 30.000 Einwohnern in Hessen einzurichten
- Das jeweilige Kinder- und Jugendparlament besitzt Anhörungs-, Antrags- und Rederecht in der Stadtverordnetenversammlung bzw. dem Kreistag sowie den betreffenden Fachausschüssen bei allen Angelegenheiten, die Kinder- und Jugendliche betreffen
- Den Kinder- und Jugendparlamenten ist zur Erfüllung ihrer Aufgaben ein Budget einzuräumen.
- Die Kinder- und Jugendparlamente sind unkonfessionell
- Näheres regeln die Gebietskörperschaften per Satzung

Begründung:
Die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments verfolgt im Kern zwei Ziele:

Zum einen wird den minderjährigen Einwohner*Innen einer Gebietskörperschaft dadurch die Möglichkeit gegeben, sich aktiv in die Kommunalpolitik einzubringen, wenn es um Belange geht, die Kinder und Jugendliche direkt betreffen. Die Etablierung dieses Organs gibt den jungen Menschen dadurch eine starke Stimme gegenüber den, durch die Hessische Gemeindeordnung bereits vorgesehenen, Vertretungsgremien. Durch die gesetzliche Verankerung der Kinder- und Jugendparlamente auf Landesebene erhalten die gewählten Vertreter*Innen darüber hinaus eine starke Legitimation über eine rein kommunale Satzung hinaus.

Zum anderen bietet die Etablierung eines Kinder- und Jugendparlaments die Möglichkeit, junge Menschen für Politik zu begeistern. Unter dem Gesichtspunkt der steigenden Politikverdrossenheit und der niedrigen Wahlbeteiligung, insbesondere bei Kommunalwahlen, kann ein Vertretungsgremium von und für Kinder und Jugendliche ein Ansatzpunkt sein, um diesem Trend entgegenzuwirken. Es gilt das Zitat des chinesischen Philosophen Laozi, welches gleichzeitig das Motto vieler bereits bestehender Kinder- und Jugendparlamente ist:

Sage es mir, und ich werde es vergessen.
Zeige es mir, und ich werde mich daran erinnern.
Beteilige mich, und ich werde es verstehen.

Die Etablierung, Betreuung und Beteiligung von jungen Menschen im Rahmen eines Kinder- und Jugendparlaments steht daher nicht nur für mehr Mitbestimmung, sondern auch für einen Zugewinn an Demokratie in unserem Land.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	VU 1
Antragsteller:	Bezirksvorstand
Adressat:	Juso-Landeskonferenz, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesparteitag
Betr.:	Solidarticket für Hessen

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Das Land Hessen führt in den Verkehrsverbünden Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV), Nordhessischer Verkehrsverbund (NVV) und Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN) für hessische Bürger* innen ein kostenloses Solidarticket für SchülerInnen, Azubis, Menschen, die in Freiwilligendiensten beschäftigt sind, ALG II-Empfänger*innen und Grundsicherungsempfänger*innen, ein. Die Kosten für das Solidarticket sollen vom Land Hessen getragen werden. Als finales Ziel soll der ÖPNV für alle Menschen kostenfrei gestaltet werden.

Begründung:
Zur öffentlichen Daseinsfürsorge gehört ein gewisses Maß an öffentlichen Verkehrsmitteln dazu. Gleichzeitig muss es auch möglichst vielen Personen ermöglicht werden, den ÖPNV nutzen zu können. Häufig schrecken die verhältnismäßig hohen Kosten vor einer Nutzung von Bus, Bahn und Co. ab, obwohl eine stärkere Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln volkswirtschaftlich sinnvoller sein könnte.
Bestimmte Personengruppen sind wesentlich stärker auf die Nutzung des ÖPNV angewiesen, insbesondere im ländlichen Raum. Dazu gehören etwa Schüler*innen, die vor Vollendung des 18. Lebensjahres zumeist keine Alternative zu Bus und Bahn haben, um den Schulweg zu bestreiten, Gleiches gilt, je nach Alter bei Ausbildungsbeginn, auch für Auszubildende. In jedem Fall spielen die Kosten für ein Ticket eine große Rolle. Zwar werden diese bei Schülern*innen bis zur Vollendung der Mittelstufe übernommen, ältere Schüler*innen oder Auszubildende müssen hingegen die zumeist unverhältnismäßig teuren und unflexiblen Tickets und Tarife in Anspruch nehmen. So ist man beispielsweise auf eine bestimmte Strecke oder eine bestimmte Zeit beschränkt, sodass man für Kultur und Freizeit zusätzliche Kosten für die Nutzung des ÖPNV einplanen muss. Dazu gehören etwa Schüler*innen, die vor Vollendung des 18. Lebensjahres zumeist keine Alternative zu Bus und Bahn haben, um den Schulweg zu bestreiten und auch danach nur im Glücksfall individuell mobil sind.
Ein Solidarticket könnte gerade für diese beiden Personengruppen mit beschränkten finanziellen Mitteln einen echten Mehrwert schaffen. Ähnlich wie mit einem Semesterticket hätten sie die Möglichkeit der freien Nutzung des ÖPNV-Angebots. Darüber hinaus könnten die Verkehrsverbünde mit einer höheren Anzahl an Nutzern rechnen, sodass sie ihr Angebot gezielt verbessern und ausweiten könnten. Das Ticket kann gerade auch im Wettstreit der Bundesländer eine Art Wettbewerbsvorteil für das Land Hessen generieren sowie die Form einer indirekten Steuersenkung einnehmen, da die Familien von Schüler*innen und Auszubildenden über mehr finanzielle Mittel verfügen könnten.
Auch weitere Personengruppen, z.B. Senior*innen, die auf Grundsicherung angewiesen sind, sollten von einem Solidarticket profitieren können.
Letztendlich soll das Solidarticket die Bevölkerungsgruppen unterstützen, die unverhältnismäßig hohe Kosten bei der Nutzung des ÖPNV haben und/oder einen überdurchschnittlichen Nutzen aus der Nutzung des ÖPNV ziehen bzw. auch der Gesellschaft durch ihre Nutzung einen Nutzen stiften. Finanziell schwache Bevölkerungsgruppen bzw. Personengruppen mit einem

hohen Bedarf an Mobilität sollen das Solidarticket kostenlos erhalten, Bevölkerungsgruppen mit höherem Einkommen haben die Möglichkeit für einen günstigen Preis ein Solidarticket zu ersteigern. Das Solidarticket soll im besten Fall für ganz Hessen, falls nicht, dann für einen Verkehrsverbund gelten. Durch die höhere Nutzung des ÖPNV fallen zwar zunächst mehr Kosten an, gleichzeitig steigt jedoch das Angebot in Qualität und Quantität, so dass öffentliche Verkehrsmittel auch für eine größere Zahl an Personen attraktiv werden könnten.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	VU 2
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag
Betr.:	Verbot des Tötens männlicher „Eintagsküken“

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Wir fordern die Einstellung der Praxis des Tötens der männlichen „Eintagsküken“ allein aus ökonomischen Gründen. Es fehlt nach § 1 TierSchG an einem vernünftigen Grund. Insofern ist das Töten männlicher Eintagsküken nach herrschender Meinung, sollte sie weiter fortgesetzt werden, nach § 17 Nr. 1 TierSchG als strafbar zu qualifizieren und verstößt gegen Art. 20a GG, da dieser nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen, sondern auch die Tiere als Mitgeschöpfe schützt.
Wir wollen die Eierproduktion aus Umwelt-, Klima und Tierschutzgründen deutlich reduzieren.

Begründung:
In Deutschland werden jährlich ca. 45 Millionen männliche Küken getötet, da die Züchter keine Verwendung, nämlich das Legen von Eiern, für sie haben. Dies hängt mit der Art der Züchtung des Geflügels zusammen. Momentan werden zwei Rassen gezüchtet. Die eine ist darauf spezialisiert in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Fleisch anzusetzen, während die andere dafür gezüchtet wird, einen hohen Ertrag bei der Eierproduktion zu erzielen. Da Hähne keine Eier legen können, wer-den die Küken kurz nach dem Schlupf durch vergasen oder durch einen sogenannten Kükenmuser getötet und als Tierfutter oder Dünger verwendet.
Dies verstößt nicht nur gegen das Tierschutzgesetz, sondern gegen jegliche Werte, die eine moderne Zivilgesellschaft für sich in Anspruch nimmt. Das Töten von Lebewesen nur um Kosten zu sparen bzw. diese Tiere keinem vernünftigen zuzuführen ist nicht rechtens und verstößt gegen das Grundgesetz. Ein Gesetzentwurf des Landes Nordrhein-Westfalen wurde von der Bundesregierung mit der Begründung abgelehnt, dass bereits an einem Verfahren geforscht werden, welches dazu diene das Geschlecht der Tiere bereits vor dem Schlupf zu erkennen. Allerdings sind die-se Verfahren entgegen der Behauptung des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft nicht marktreif. Abgesehen davon ist durch die Einführung dieser Methode mit einer Preissteigerung der Eier zu rechnen, wodurch das Argument, dass der Verbraucher mit der Praxis des Tötens aufgrund von Kostenersparnis einverstanden ist, ad absurdum geführt wird. Außerdem ist es die Aufgabe des Tierschutzes das Tier und nicht den Menschen zu schützen. Es ist die Aufgabe einer guten Sozialpolitik, dass sich Bürger Eier oder auch einmal Fleisch leisten können. Dies darf nicht zu Lasten des Tierschutzes bzw. der Tiere gehen.
Im Mai folgte schließlich die Entscheidung des OVG Münster über das Fortsetzen der Praxis des Tötens. Das Gericht entschied zugunsten der Geflügelzüchter, da es eine zu große wirtschaftliche Belastung für die Betriebe sah, wenn diese die Hähne großziehen müssten. Leider zeigt diese Entscheidung, dass Verständnis von Unternehmen und einigen Juristen, dass der Mensch an erster Stelle steht bzw. die Rechte von Tieren praktisch nicht oder kaum existieren. Hier muss die Frage erlaubt sein, wann endlich zu Gunsten des Tierschutzes und gegen die wirtschaftlichen Interessen entschieden wird, wenn nicht in diesem Fall, bei dem Millionen von Lebewesen getötet werden.

Denn das Töten der männlichen Küken steht auch stellvertretend für eine Industrie, die nur darauf ausgerichtet ist den Profit zu maximieren und das Tier und die Umwelt auszubeuten.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	VU 3
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
Betr.:	Regelsteuersatz für Fleischprodukte!

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

An Fleischprodukte soll zukünftig der reguläre Mehrwertsteuersatz von 19 % angelegt werden.

Begründung:
Nach unterschiedlichen Szenarien kann diese Maßnahme zu einem Rückgang der nachgefragten Menge von 2 % bis 10 % beitragen. Die Aufhebung der bisherigen Steuervergünstigung muss auch kommunikativ – in ein umfassendes Maßnahmenbündel zu klimafreundlichem Konsum eingebettet werden.
Diese Maßnahme soll außerdem sozialpolitisch flankiert werden. So müssen unter anderem die sozialen Transferleistungen, insbesondere der Hartz-IV-Regelbedarf, erhöht werden. Weiterhin soll eine kostenlose Kita- und Schulverpflegung eingerichtet werden, welche mindestens nach den DGE-Standards arbeitet. Zudem wird eine sozialpolitische Flankierung, wie etwa die Anpassung der Besteuerung unterer Einkommensgruppen, für einkommensschwache Menschen ohne Transferleistungen und Kinder im Kindergarten- bzw. schulpflichtigen Alter benötigt.
Falls die erwarteten Steuereinnahmen von rund 5,2 Milliarden Euro noch nicht durch die sozialpolitische Flankierung aufgebraucht sind, könnten pflanzliche Lebensmittel oder der öffentliche Verkehr günstiger gemacht werden.

Im Jahre 1879 erschien erstmals August Bebels berühmtes Buch „Die Frau und der Sozialismus“. Es enthält neben einer Kritik des klassistischen Salonvegetarismus eine kritische Würdigung der vegetarischen Ernährung und den für die damalige Zeit, ihre Verhältnisse und Region gültigen Satz: „Für diese zahlreichen Menschen, die gezwungen als Vegetarier leben, wäre zeitweilig ein solides Beefsteak, eine gute Hammelkeule entschieden eine Verbesserung ihrer Nahrung.“

89 Jahre später wurde die Umsatzsteuer eingeführt. Bereits damals gab es einen ermäßigten Satz auf Nahrungsmittel. Die einhergehende Ermäßigung auf Fleisch kann, unter Ausblendung von Klima- und Tierschutzargumenten, aus ernährungs-physiologischer Sicht als sinnvoll erachtet werden.

Doch forderte Willy Brandt in seinem Grußwort an den Kongress der Sozialistischen Internationale in Berlin (15.09.1992) die Genossinnen auf Gewissheiten zu hinterfragen und sprach Mut zu: „Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum — besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

Seit der Einführung der Umsatzsteuer im Jahr 1968 ist viel geschehen. Zwischen 1961 und 2015 stieg der Fleischverbrauch in Deutschland von durchschnittlich 64 kg auf 88 kg pro Kopf und Jahr. Auch die Schlachtzahlen sind gestiegen. Im Jahr 2015 wurden in Deutschland 715,6

Mio. Geflügel, 59,3 Mio. Schweine, 3,5 Mio. Rinder, 1 Mio. Schafe gewerblich getötet. Im Gutachten „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“ (2015) der Beiräte des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) wird attestiert, dass die derzeitigen Haltungsbedingungen eines Großteils der Nutztiere nicht zukunftsfähig ist.

Auch die Ernährungswissenschaft ist ein gutes Stück weitergekommen. Eine aus-gewogene vegetarische Ernährung wird nicht mehr als gesundheitliches Risiko, sondern als gesundheitsfördernd erachtet. Insofern kann Fleisch nicht mehr als notwendiges Grundnahrungsmittel betrachtet werden.

Der Klimawandel ist zu einer Bedrohung für die Menschheit geworden, unter der am meisten die ärmsten Menschen und Regionen zu leiden haben. Eine aktive Klimapolitik ist somit zu einer Frage der internationalen Gerechtigkeit geworden!
Der Anteil von tierbasierter Ernährung an Emissionen von Treibhausgasen wurde im UN International Resource Panel 2016 auf 15% ermittelt.

Im Klimaschutzgutachten 2016 haben die wissenschaftlichen Beiräte Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlicher Verbraucherschutz sowie Waldpolitik des BMEL die Klimaauswirkungen dieser Bereiche dargestellt und politische Forderungen auf ihre Einspareffekte hin untersucht. Im Bereich der Ernährung und Landwirtschaft liegen in der Reduzierung des Konsums von tierischen Produkten auf eine von der moderaten DGE aus gesundheitlichen Gründen empfohlenen Menge mit großem Abstand die größten Einsparpotenziale! Die Wissenschaftlerinnen sind zumindest aus Klimaperspektive von einer politischen Fokussierung auf bio und regional nicht überzeugt und messen auch der Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung weniger Gewicht bei.

Bei Betrachtung der ernährungsbedingten Treibhausgasemissionen unterschiedlicher Verzehrweisen fällt auf, dass diese einen deutlich unterschiedlich großen Fußabdruck erzeugen. Gegenüber dem Durchschnitt ergibt sich für das Referenz-jahr 2006 beispielsweise bei einer Ernährung gemäß den DGE-Empfehlungen eine Einsparung von 9%, bei Ovolakto-vegetarischer Ernährung von 20% und bei einer veganen Ernährung von 38% (S. 210).
Aus der Argumentation folgt, dass der ermäßigte Mehrwertsteuer-Satz auf Fleisch eine ungerechtfertigte Subvention darstellt, da Fleisch kein meritorisches Gut ist und die ungerechtfertigte Subvention folglich abgeschafft werden sollte.
Die Lebensbedingungen haben sich in Deutschland seit August Bebels „Die Frau und der Sozialismus“ deutlich geändert und das Wissen um eine gesunde Ernährung hat sich vermehrt. Wir brauchen neue Antworten zu Ernährungs- und Landwirtschaftsfragen. Jetzt.

- ☐ angenommen
- ☐ abgelehnt
- ☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	VU 4
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, Juso-Bundeskongress, S&D-Fraktion im Europaparlament
Betr.:	Monokulturen verhindern

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Wir fordern, dass sich Deutschland und Europa sukzessive dafür einsetzen, den Anbau von Monokulturen zu verhindern. Dies muss auf der einen Seite innereuropäisch geschehen, auf der anderen Seite müssen Deutschland und Europa sich ihrer Verantwortung bewusst werden und darauf stärker hinwirken, dass keine Regenwälder für Monokulturen (Palmöl, Soja,…) abgeholzt werden. Deutschland darf nicht weiter als Financier der Umweltzerstörung auftreten. Deutschland muss Projekte zur Bewahrung der Umwelt fördern und Produzenten vor Ort zu höheren Standards verpflichten.

Begründung:
Die jährliche Produktion von Palmöl ist von Hauptexporteur Indonesien Jahr um Jahr stetig gesteigert worden. Dafür müssen Regenwälder weichen, da immer mehr Bewirtschaftungsfläche benötigt wird. Der Trend zu Großbetrieben hält im In- wie im Ausland Einzug und hat vor allem Kosteneffizienz im Auge. Deutschland darf nicht zulassen, dass Produkte importiert werden, die für die Zerstörung der Umwelt im Ausland verantwortlich sind.

Außerdem wird in Deutschland selbst auf Monokulturen gesetzt (Raps-, Mais-, Getreidefelder). Dies schränkt die Artenvielfalt, nicht nur der Flora, sondern auch der Fauna ein, da es viele Tiere gibt, die nur in bestimmten Gebieten leben können. Der Mensch zerstört deren Habitate in dem er die Umwelt zu seinen Gunsten verändert.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	VU 5
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im Europaparlament
Betr.:	Gemeinsame Agrarpolitik: Umwelt, Klima, Menschen und Tiere schützen

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die deutsche Sozialdemokratie soll sich intensiv darum bemühen die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union für den Zeitraum ab 2020 so auszurichten, dass die Produktion von Tieren sowie Export von tierischen Produkten massiv verringert wird. Nationale Spielräume sollen unmittelbar genutzt werden.

Begründung:
Im Haushalt der Europäischen Union ist die Landwirtschaft mit 58 Milliarden Euro (40 %) der größte Posten. Durch die GAP bekommt Deutschland über die erste Säule (Europäische Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL)) 5 Mrd. Euro und über die zweite Säule (Europäische Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung (ELER)) 1,3 Mrd. Euro. Diese Gelder werden heutzutage aus Umwelt- und Klimaperspektive nicht optimal eingesetzt.
Die Lebensmittel- und Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen schätzt, dass die Viehhaltung weltweit für 14,5 Prozent aller Treibhausgase verantwortlich ist. Andere Studien kommen auf bis zu 25 % Treibhausgasausstoß durch die globale Tierproduktion. Das BMUB geht für das Industrieland Deutschland davon aus, dass die Landwirtschaft direkt rund 8 % und mit Mineraldünger sogar 15 % der Treibhausgase verursacht.
Zwei aktuelle Forderungen zur Produktion und den Konsum von Tieren:
1.) Im Entwurf zum „Klimaschutzplan 2050“ der Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) stand daher einst: "Bis 2050 sollte ein Fleischkonsum entsprechend der Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung angestrebt werden". Nach aktuellen Empfehlungen der DGE wäre dies eine Reduzierung auf 300 – 600 g Fleisch in der Woche. Der Fleischverzehr liegt aktuell bei 1,1 Kilo pro Woche. Diese Forderung wurde auf Intervention des Kanzleramtes (CDU) wieder aufgeweicht, folglich war ab September war nur noch vom „Abbau der Tierbestände“ die Rede.
2.) Die wissenschaftlichen Beiräte für Agrar- und Waldpolitik im BMEL haben vor kurzem aus Umwelt- und Klimagründen vorgeschlagen für tierische Lebensmittel (bspw. Milch, Käse, Wurst) den regulären Mehrwertsteuersatz von 19 % festzulegen und gleichzeitig die Sozialleistungen anzuheben. Durch die sozialverträgliche Bruttopreiserhöhung erhoffen sich die

Wissenschaftler*innen einen um 10 % verringerten Verkauf solcher stärker umweltbelastenden Lebensmittel.
Dies sind sicherlich spannende Forderungen, die ernsthaft zu diskutieren sind. Sie verdeutlichen die Relevanz des Themas. Allerdings nehmen die Diskussionen über die Ausrichtung der zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik jetzt Fahrt auf. Wenn aus guten Gründen Fleisch- und andere Tierprodukte endlich auch politisch als wesentliche Umwelt- und Klimaprobleme identifiziert wurden, muss es nun darum gehen die Subventionen für die Produkte zu streichen/zu verringern und umwelt- und klimafreundliche Alternativen zu stärken.

Zudem wäre die Verringerung der Tierproduktion der wesentlichste Schritt zu einer tiergerechteren Gesellschaft.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	VU 6
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	Juso Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
Betr.:	Forum „Ernährung und Landwirtschaft“ einsetzen

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Der Parteivorstand wird gebeten ein Forum Ernährung und Landwirtschaft in den Parteistrukturen zu etablieren. Dieses soll einen kritischen Diskurs zu Ernährung und Landwirtschaft ermöglichen und den Fragen einer zukunftsfähigen, d.h. nach-haltigen und gerechten, Ernährung und Landwirtschaft nachgehen. Das neue Forum „Ernährung und Landwirtschaft“ soll das bestehende Forum Verbraucherpolitik inhaltlich ergänzen.

Begründung:
Die Landwirtschaft hat sich massiv gewandelt (u.a. Höfesterben, „Wachsen oder Weichen“, Massentierhaltung, Bio) und ihr stehen weitere, sich noch vertiefende Veränderungen bevor (z.B. Digitalisierung). Abseits des Austausches einiger unserer Fachpolitiker im „Netzwerk ‚Agrar- und Ernährungswirtschaft‘“ bedarf es einer Vernetzungsplattform für an den Themen interessierten SPD-Mitgliedern innerhalb der Parteistrukturen.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	VU 8
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
Betr.:	Weniger Grausamkeit ist möglich: Es geht auch ohne Eier

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Wir wollen den Eierverbrauch durch einen wirksamen Methodenmix, wie der Reformierung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU oder der verstärkten Förderung von pflanzlichen Lebensmitteln, zurückfahren.

Begründung:
Es gibt viele pflanzliche Alternativen zu Eiern. Für verschiedene Anwendungszwecke gibt es verschiedene Alternativen wie etwa: Sojamehl, Pfeilwurzelmehl, reife Banane, Johannisbrotkernmehl, Apfelmus, Ei-Ersatzpulver (Maisstärke/Lupinenmehl), Leinsamen, Sojamilch, Seidentofu, Flohsamenschalenpulver, Chiasamen, Kichererbsenmehl, Sojajoghurt, Tomatenmark, Kala Namak (schwefeliger Geschmack). Einige dieser Zutaten müssen vor der Zugabe mit Wasser vermengt werden.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	VU 8
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
Betr.:	Weniger Grausamkeit ist möglich: Es geht auch ohne Eier

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Wir wollen den Eierverbrauch durch einen wirksamen Methodenmix, wie der Reformierung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU oder der verstärkten Förderung von pflanzlichen Lebensmitteln, zurückfahren.

Begründung:
Es gibt viele pflanzliche Alternativen zu Eiern. Für verschiedene Anwendungszwecke gibt es verschiedene Alternativen wie etwa: Sojamehl, Pfeilwurzelmehl, reife Banane, Johannisbrotkernmehl, Apfelmus, Ei-Ersatzpulver (Maisstärke/Lupinenmehl), Leinsamen, Sojamilch, Seidentofu, Flohsamenschalenpulver, Chiasamen, Kichererbsenmehl, Sojajoghurt, Tomatenmark, Kala Namak (schwefeliger Geschmack). Einige dieser Zutaten müssen vor der Zugabe mit Wasser vermengt werden.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	VU 9
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, S&D Fraktion im Europaparlament
Betr.:	Änderung der Besteuerung von Pflanzenmilch

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Wir fordern die Besteuerung von Pflanzenmilch/-drink (Sojamilch/-drink, Reismilch/-drink, Hafermilch/--drink, Dinkelmilch/-drink, etc.) mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 %.

Begründung:
Kuhmilch gilt als Grundnahrungsmittel, andererseits gibt es immer mehr Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen (Mitleid mit Tieren, Allergie, Gesundheit) keine Kuhmilch nutzen wollen. Zum direkten Verzehr, zum Kochen und Backen, für den Kaffee und das morgendliche Müsli nutzen sie die verschiedenen Pflanzenmilch-produkte, welche in den letzten Jahren vermehrt auch in den Supermarktregalen in Deutschland angekommen sind. Allerdings müssen diese Verbraucher*innen auf ihre Milch 19 % Mehrwertsteuer bezahlen, während Kuhmilch nur mit 7 % besteuert wird. Doch warum sollten diese Konsument*innen mit ihrer Konsumentscheidung stärker an der Finanzierung des Staates mitwirken? Wenn an der Einstufung von Kuhmilch am reduzierten Mehrwertsteuersatz festgehalten werden soll, dann ist dieser auch auf Pflanzenmilchprodukte festzusetzen, da immer mehr Menschen diese als Grundnahrungsmittel verwenden.

Einige Menschen meinen eine vegane Ernährung sei teurer als eine omnivore Er-nährung. Allerdings hängt dies im Wesentlichen von den zu vergleichenden Wa-renkörben und dem Convenience-Anteil ab. Nicht zuletzt durch die, zuletzt leicht abgemilderte, Milchpreiskrise sind Pflanzenmilchprodukte teurer als Kuhmilch. Durch eine faire Besteuerung der Pflanzenmilchprodukte könnte es zu niedrigeren Verbraucher*innenpreisen kommen.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	VU 10
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel-Stadt
Adressat:	Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
Betr.:	Still loving Lebensmittelampel

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die Lebensmittelampel war eine Forderung in unserem letzten Regierungsprogramm und muss auch in das nächste.

Wir bitten unsere Fraktionen außerdem, die Einführung eines Ampelsystems für die staatliche Gemeinschaftsgastronomie zu prüfen.

Begründung:
Die Einführung der Lebensmittelampel ist 2010 im europäischen Parlament an den konservativen Kräften gescheitert. Zur Bekämpfung hat die Lebensmittellobby damals 1 Milliarde Euro ausgegeben. Versuchen wir es doch auf den verschiedenen Ebenen erneut.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	VU 11
Antragsteller:	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag
Betr.:	Ausnahmegenehmigungen für unbegleitetes Fahren

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die SPD soll sich dafür einsetzen, dass unter bestimmten Voraussetzungen Ausnahmegenehmigungen für ein unbegleitetes Fahren von PKW mit 17 Jahren erteilt werden. Junge Menschen, die sich gerade für den ländlichen Raum als Wohnort entscheiden, müssen zu vernünftigen Bedingungen zum Ausbildungsplatz kommen. Ebenso kann einem Bewerbermangel bei Gewerbebetrieben in diesen Gebieten vorgebeugt werden.
Dabei müssen Bedingungen geschaffen werden, die auch tatsächlich erfüllbar sind.
Des Weiteren steht die SPD trotzdem noch zur Ausweitung des ÖPNV im ländlichen Raum, um allen Menschen Teilhabe und Mobilität zu ermöglichen.

Begründung:

Das Angebot des ÖPNV ist gerade in ländlichen Räumen in den letzten Jahren zunehmend geringer geworden. Busverbindungen von kleinen Dörfern gibt es zum Teil nur sehr sporadisch. Zugverbindungen existieren hier gar nicht. Jungen Menschen, die in diesen Ortschaften leben, kann es daher schwer fallen, ihre Ausbildungsstätte mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Zum Teil müssen sie lange Anfahrtszeiten und das Umsteigen von einem Verkehrsmittel zu einem andern in Kauf nehmen. Diese Umstände können im Einzelfall zu unzumutbaren Härten führen, bei denen es notwendig ist, dass schon vor dem 18. Lebensjahr eine Fahrerlaubnis erteilt wird, bei der keine Begleitung anwesend sein muss. Dabei stehen nicht organisatorische Vorteile oder Bequemlichkeit im Vordergrund. Vielmehr müssen zuvor alle zumutbaren Möglichkeiten ausgenutzt werden (siehe auch Urteil des VG Braunschweig, Az. 6 B 411/07).

Das Mindestalter für eine Fahrerlaubnis der Klasse B (PKW) beträgt nach § 10 Abs. 1 der Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) grundsätzlich 18 Jahre. Bereits jetzt ermächtigt § 74 FeV in bestimmten Einzelfällen die Genehmigung von Ausnahmen. Dies wird in den Bundesländern höchst unterschiedlich angewandt. Während im Kreis Siegen-Wittgenstein (NRW) jährlich rund 30 Ausnahmegenehmigungen erteilt werden, konnte im gesamten Bundesland Hessen bisher noch kein Härtefall belegt werden (Quellen: www.hessenschau.de / www.op-marburg.de). Zwar rechtfertigen verkehrswissenschaftliche Erkenntnisse eine restriktive Genehmigungspraxis für unbegleitetes Fahren mit 17 Jahren. Das kann aber nicht dazu führen, dass derart hohe Anforderungen gestellt werden, die in keinem Fall zu erfüllen sind.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	VU 12
Antragsteller:	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag, S&D Fraktion im EU-Parlament
Betr.:	Deklarationspflicht verschärfen!

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die Lebensmittelindustrie versorgt uns mit immer neuen Ideen, die unser Leben leichter machen und den Kochvorgang vereinfachen sollen. Fertiggerichte und andere verarbeitete Produkte enthalten oft Zusätze wie Aromen und Geschmacksverstärker. Häufig sind diese jedoch unter komplizierten Namen verborgen und nicht explizit auf der Verpackung vermerkt, denn nicht alle sind deklarationspflichtig. Neben deklarationspflichtigen Geschmacksverstärkern, gibt es auch vermeintlich natürliche Zusatzstoffe in Produkten, welche jedoch die gleiche Wirkung erzielen. Hier liegt eine zielgerichtete Täuschung der Verbraucher*innen vor!

Deshalb fordern wir:

- Eine genaue Prüfung aller bisher nicht deklarationspflichtigen Zusatzstoffe und Aromen auf ihre Wirkung auf die Verbraucher*innen.
- Die Kennzeichnung aller geschmacksverstärkenden und geschmacksverfälschenden Zusatzstoffe und Aromen auf der Verpackung.
- Die Deklaration der Wirkung des Zusatzstoffes und Aromen auf der Verpackung. Dies könnte über einen QR-Code oder Ähnlichem ermöglicht werden, zu dem die entsprechenden Lesegeräte in den Läden zur Verfügung gestellt werden müssen.

Weiterhin halten wir an der Forderung nach einer Lebensmittelampel fest.

Begründung:

Erfolgt mündlich

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	VU 14
Antragsteller:	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag, S&D Fraktion im EU-Parlament
Betr.:	Verbot fest eingebauter Leuchtmittel in LED-Lampen

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die SPD setzt sich, auf allen Ebenen für ein Verbot von LED-Lampen mit festeingebauten Leuchtmitteln ein.

Begründung:

Immer mehr Decken-, Tisch- oder Stehlampen haben fest eingebaute LED-Leuchten, die nicht ausgetauscht werden können. Die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz überprüfte im April 2016 in einer Stichprobe mehr als 4.000 Leuchten aus fünf Baumärkten. Das Ergebnis: Bei fast einem Drittel der Leuchten, in zwei Baumärkten sogar bei über 40 Prozent, waren die Leuchtmittel nicht austauschbar. Bei manchen Möbelhändlern liegt der Anteil der Festeinbauten unter den online verfügbaren Deckenlampen bei 70 Prozent, so das Ergebnis einer Recherche des ZDF-Magazins WISO.

Die Folge: Beim Defekt einzelner Leuchten können diese nicht ausgetauscht werden. Nach Ablauf der gesetzlichen Gewährleistungsfrist von zwei Jahren wird die Lampe somit zu Elektroschrott. Laut Herstellerangaben halten LED-Leuchten zwar bis zu 25 Jahre. Diese Prognosen entstehen aber unter günstigen Laborbedingungen. Die Mindestlebensdauer von 6.000 Stunden muss von 90 Prozent der getesteten Lampen erreicht werden. Das entspricht einer Brenndauer von täglich drei Stunden in sechs Jahren. Zudem berücksichtigen die Tests keine Spannungsschwankungen, wie es sie im echten Stromnetz gibt. Diese sowohl verbraucherunfreundlichen wie auch umweltschädlichen Produkte sollen daher verboten werden.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Resolution:	R 1
Antragsteller:	Bezirksvorstand
Adressat:	Juso-Bezirkskonferenz
Betr.:	Kein Vergessen – Für eine emanzipatorische Erinnerungspolitik

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Seit 2015 brennen in Deutschland wieder regelmäßig Geflüchtetenunterkünfte. Der rechte Rand der Gesellschaft versammelt sich im Netz auf dubiosen Plattformen und sogenannten sozialen Netzwerken und trifft sich im echten Leben bei Pegida und in der AfD. Anfangs noch vorgeblich eurokritisch zeigt die AfD heute offen ihr fremdenfeindliches Gesicht. Der Hass auf Minderheiten wird geschürt und die Definition von "Deutsch sein" für sich beansprucht. Wer nicht ins völkische Selbstbild passt wird verhöhnt, beleidigt oder Drohungen von Gewalt ausgesetzt. Durch bewusste "Tabubrüche" sorgt die AfD für eine Verrohung des Diskurses. Was als unsagbar galt, wird so zum Gegenstand von Diskussionen. Und plötzlich wird in Deutschland darüber diskutiert, ob auf flüchtende Menschen geschossen werden darf.

Am 27. Januar 2017 jährte sich zum 72. Mal die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau. Zehn Tage vor diesem Jahrestag hielt der thüringische Landesvorsitzende der AfD Björn Höcke eine Rede in Dresden. In Anspielung auf das Denkmal für die ermordeten Juden Europas sagte Höcke, „Wir Deutschen, also unser Volk, sind das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat“ und die deutsche Geschichte werde „mies und lächerlich“ gemacht.
Höcke forderte in seiner umstrittenen Rede eine 180Grad-Wende in der Erinnerungspolitik. Diese Forderung ist Ausdruck einer sekundär antisemitischen Schlussstrichdebatte.

Der israelische Psychoanalytiker Zvi Rex witzelte einst "Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen". Erschreckend an der Höcke-Rede waren nicht nur dessen Worte. Schreckend war auch wie Höcke vom Saal und später in sozialen Medien für seine Aussagen gefeiert wurde.

Untersuchungen von Alheim und Heger zeigen unter anderem einen nennenswerten sekundären Antisemitismus unter Studierenden, der sich zum Beispiel anhand einer relativ hohen Zustimmung zu den beiden folgenden Aussagen erkennen lässt:

> „Die Juden verstehen ganz gut, das schlechte Gewissen der Deutschen auszunutzen“
> „Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen und die Deutschen dafür zahlen zu lassen“

13% der Studierenden stimmten beiden Aussagen zu, weitere 10% immerhin einer der beiden Aussagen (2007, S. 185).
In „Deutsche Zustände“ zeigt Heitmeyer auf, das zwischen 15 und 20 % der von ihm zum Thema gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit Befragten bei antisemitischen Aussagen (eher) zustimmen, die auf menschenfeindliche Einstellungen hindeuten. Er geht außerdem darauf ein, dass es gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auch in der sogenannten gesellschaftlichen Mitte gibt (vgl. hierzu 2007, S. 24 - 33). Antisemitismus ist nach ihm ein Problem, das (in unterschiedlich starker Ausprägung) in allen gesellschaftlichen Schichten und politischen Richtungen auftreten kann.

Durch diese allgemein vorhandene gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der sogenannten Mitte der Gesellschaft und die Verschiebung von Diskurslinien durch die AfD, erklärt sich auch, warum auch der nette Nachbar von nebenan mittlerweile über die Politik und die vermeidliche Privilegierung von Menschen ausländischer Herkunft und Geflüchteten schimpft. Die vergangenen Landtagswahlen zeigen, dass Menschen, die zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit tendieren, vermeintlich ein Sprachrohr in der AfD gefunden haben. Die prozentualen Tendenzen aus Studien lassen sich auf die Wahlergebnisse übertragen. Beispielhaft lässt sich Baden-Württemberg heranziehen. Dort erreichte die AfD auf Anhieb 15%. Dabei ist zu beachten, dass die NPD und die Republikaner dort in den vergangenen Jahren keine nennenswerten Ergebnisse vorzuweisen haben. Auch in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt gab es ähnlich erschreckende Ergebnisse. Es ist also die Mitte der Gesellschaft, die sich scheinbar nicht mehr repräsentiert fühlt.

2017 steht die Bundestagswahl an und die AfD mit ihrem Demagogen Höcke bringt sich bereits in Position für einen schmutzigen Wahlkampf in dem Menschenrechte wieder mit Füßen getreten werden.

Im Angesicht des Erstarkens der europäischen Rechten, ist es wichtig demokratisch dagegen zu halten. Wir überlassen den öffentlichen Diskurs nicht braunen Hetzer*innen in Dresden oder andernorts, die ein menschenfeindliches gesellschaftliches Klima schaffen wollen. Wozu ein gesellschaftliches Klima führen kann, in dem Menschen nicht mehr solidarisch mit ihren Nachbar*innen sind, in dem Menschen stigmatisiert werden und der pöbelnde Mob durch die Straßen zieht und Menschen in Angst versetzt, hat die deutsche Geschichte gezeigt.

„**Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen.“** Primo Levi

Wir fordern deshalb Konsequenzen für unsere eigene politische Arbeit.

- Wir wollen uns weiterbilden. Wir wollen noch stärkere Multiplikator*innen für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit werden. Gemeinsam können wir uns den Rechten in den Weg stellen:
  Wir führen unsere politische Bildungsarbeit im Kampf gegen rechts fort!
- Wir wollen uns erinnern. Wir wollen die Erinnerung an die Opfer der Shoah wachhalten. Wir wollen unseren eigenen Beitrag leisten, dass es keine Kehrtwende in der Erinnerungspolitik geben wird.
  Wir werden eine Gedenkstättenfahrt organisieren!

Es gibt kein Vergessen.

Begründung:
Erfolgt mündlich.

<u>Literaturverweise:</u>
Ahlheim, K. & Heger, B. (2007) Deutsche Vergangenheit und Antisemitismus. In: Ahlheim, K. (Hrsg.) (2007). Die Gewalt des Vorurteils. Schwalbach: Wochenschauverlag.
Heitmeyer, W. (Hrsg.) (2007). Deutsche Zustände (Folge 5). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	Initiativantrag 1
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel Land
Betr.:	Repräsentative Tagungsorte für Parteitage, Parteigipfel o.Ä.
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Die SPD muss sich auch bei der Auswahl ihrer Tagungsorte ihrer historischen Verantwortung bewusst sein. Daher fordern wir den SPD-Landesverband sowie die SPD-Landtagsfraktion auf, Tagungsorte für Parteitage, Gipfel o.Ä. an Orten zu veranstalten, die repräsentativ und vereinbar mit unserer sozialdemokratischen Geschichte und unseren Grundsätzen sind.

Begründung:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist seit 154 Jahren die Arbeiterpartei. Es ist schlicht nicht hinnehmbar, dass für den diesjährigen Hessengipfel ein fünf Sterne Hotel ausgesucht wurde. Die SPD muss für die Nähe zu der Bevölkerung stehen und diese Nähe beginnt bei der Auswahl von Tagungsorten. Daher schlagen wir vor, zukünftige Gipfel in geeigneter Atmosphäre auszutragen. Als Beispiel für mögliche Austragungsorte sind Infrastrukturprojekte oder historische Orte zu nennen. Als Vorbild kann der Wahlkampfauftritt von unserem Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten Martin Schulz dienen, der im Februar im Kunstkraftwerk in Leipzig stattfand. Die SPD muss glaubwürdig für Soziale Gerechtigkeit stehen und damit ist es unabdingbar, dass man inmitten der Gesellschaft seine Veranstaltung austrägt.

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	Initiativantrag 2
Antragsteller:	Unterbezirk Kassel Land
Betr.:	Änderung des Rundfunkstaatsvertrags
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Im Rahmen der Digitalisierung muss die Sozialdemokratie sich für eine Modernisierung und Änderung des Rundfunkstaatsvertrags (RStV) einsetzen.
Im §2 des RStV steht beschrieben, wie das deutsche Recht Rundfunk bewertet. Dies betrifft, in Ermangelung eines modernisierten Gesetzes, auch die Medienangebote, die das Internet anbietet. Das führt dazu, dass halbwegs regelmäßige Streams (über YouTube, Twitch und andere Streamanbieter) ab 500 Zuschauern eine Rundfunklizenz benötigen – die jährlich zwischen 2.500€ und 10.000€ kosten würde. Vor allem bei geringen Zuschauerzahlen und einer Einschränkung der Rentabilität der Content-Erschaffer, würde das faktisch zum Aus von den meisten, wenn nicht allen, Streams in Deutschland führen. Dies gilt es zu verhindern, da wir davon ausgehen, dass jeder Mensch sich selbst sein mediales Unterhaltungsprogramm aussuchen kann. Die Beibehaltung des RStV in der jetzigen Form würde dazu führen, dass die Vielfalt im Netz in Deutschland stark eingeschränkt würde, wogegen die SPD sich positionieren muss.

Begründung:

Erfolgt mündlich

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Resolution:	R 3
Antragsteller:	Unterbezirk Fulda
Adressat:	Juso Bezirkskonferenz
Betr.:	Unsere Antwort heißt Europa

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Unser Ziel mit diesem Antrag ist es den Diskurs zur nationalen Frage im 21. Jahrhundert neu zu formulieren und zu beantworten.

Im Zuge der Flüchtlingskrise, welche im Jahr 2015 ihren Lauf nahm, erreichten nationalistische Bewegungen in Deutschland und Europa neue Höhepunkte.
Diese Bewegungen sind jedoch nicht allein das Resultat jener Krise.
Bereits in den vorherigen Jahren erlebte Europa als Resultat der Finanz- und Eurokrise in Europa und speziell in Griechenland, das Erstarken rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien wie der britischen UKIP, dem französischen Front National, der polnischen PiS und nicht zuletzt der deutschen AfD fand.

Der Begriff der „Nation“ ist ein so geläufiges Konzept, dass wir seine Definition nicht den Rechtspopulist*innen überlassen dürfen.

Die Nation (lat. natio, „Volk, Sippschaft, Menschenschlag, Gattung, Klasse, Schar“) ist kein homogenes Konzept. Für uns Jusos ist klar: der Nationen-Begriff ist kein Konzept des Friedens, der Verständigung oder des Austauschs, sondern Instrument von Ausgrenzung, Hass und Gewalt. Unsere Zukunft liegt in einem friedlichen, sozialen Europa. Der Weg dorthin braucht vor allem eine respektvolle und offene Auseinandersetzung über Werte und Normen. Wir wollen deshalb versuchen, den häufig missbräuchlich verwandten Begriff der „Nation“ im Sinne eines europäischen Verständnisses umzudeuten.

Vorneweg sei erwähnt, dass die Nation im globalen Kontext für Deutschland eine unabdingbare Gegebenheit ist. Nationalkritische Haltungen werden vor allem in einer Zeit, in der europäische Länder zunehmend den Schritt in Richtung Protektionismus gehen, einer Mehrheit der Bevölkerung kaum noch vermittelbar sein. Zumal derzeit auch in Deutschland selbst viele liberale Kräfte, nationale Souveränität und Grenzen einem gemeinsam agierenden - und häufig als gelähmt empfundenem - Europa vorziehen.
Um das Bestehen der Europäischen Union zu gewährleisten, muss den EU-aversiven Kräften, welche von rechter Seite auf einen übersteigerten Nationalismus und völkisches Denken setzen, ein vermittelbares Konzept entgegengesetzt werden.

Wir als Sozialdemokrat*innen und auch als Linke im Allgemeinen, dürfen diese Frage nicht ignorieren.
Jedoch stellt sich die Frage was für eine Nation wir sind, was für eine Nation wir sein wollen und was für eine Nation wir sein können. „Unsere Antwort kennen wir schon lange: „Wir lehnen rassistische Einteilungen von Menschen anhand ihrer Herkunft ab und sehen unsere Zukunft in einem vielfältigen, an Europa ausgerichteten, friedlichen und sozialen Zusammenleben.“

Unter Berücksichtigung der wachsenden Forderungen nach einem strengerem Asylrecht, einer radikaleren Integrationspolitik oder gar ihrer generellen Ablehnung oder Rufen nach Separatismus und geschlossenen Grenzen bleiben wir standhaft und erneuern unsere Forderung nach einem globalen Recht auf Migration.

Wir lehnen die rassistische Idee einer Leitkultur ab.
Dem Konzept des Nationalstaats stellen wir die Idee des Verfassungsstaats gegenüber. Die Zugehörigkeit zu diesem definiert sich nicht über Geburt, sondern über ein Bekenntnis zu den gemeinsamen Werten von Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

Im Gegensatz zu einer nationalstaatlichen Kulturnation, sind Willensnationen, wie der Name bereits andeutet, nicht gewachsen, sondern das Resultat der Entscheidung und gegenseitigen Einräumung teilweise sehr heterogener Lebenswelten.
Man spricht hierbei auch von einer voluntaristischen Gemeinschaft.
Hierbei stellen die Schweiz und die USA die repräsentativsten Beispiele dar. Der Wille spiegelt sich nicht nur in der Entscheidung für einen Staat, welcher aus verschiedenen Ethnien, Kulturen und Nationen besteht, wieder, sondern auch in einem gemeinsamen nationalen Willen. Im Falle der Schweiz ist dies der gemeinsame Wille zur maximalen politischen Freiheit. Ein Gemeinschaftsgefühl, sofern dieses hierbei notwendig ist, gründet sich in einer Willensnation nicht auf gemeinsamer Kultur, Sprache oder Traditionen, sondern lediglich der Anerkennung einer gemeinsamen Verfassung, Rechtsprechung und des Staatswesens.

Wir werden uns jetzt und in naher Zukunft ernsthaft und kontrovers damit auseinandersetzen müssen, was für eine Nation wir in Zukunft sein wollen, können und müssen und wie wir dem Nationalismus von rechts ein pragmatisches, freiheitliches und vermittelbares Nationalkonzept von Links entgegensetzen können, wollen wir in einem offenen und wertschätzenden Diskurs auf den Grundlagen unserer Werte und Normen führen.

Wir dürfen dieses Thema nicht weiterhin den rechten und reaktionären Kräften in diesem Land überlassen. Denn eines steht fest:
Wenn wir diese Frage nicht beantworten, werden sie es tun.

Begründung:

Erfolgt mündlich!

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an

Jusos in der SPD • Bezirk Hessen-Nord • Konferenzunterlagen
Ord. Bezirkskonferenz 2017 • Rotenburg/F. • HKZ

Antrag:	VU 13
Antragsteller:	Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
Adressat:	SPD-Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag
Betr.:	Unser Wasser muss trinkbar bleiben!

Die Bezirkskonferenz möge beschließen:

Wasser ist Grundnahrungsmittel und selbstverständlich in unserer Gesellschaft. Doch wie steht es um unser Wasser? Der Bedarf steigt immer mehr, vor allem in Metropolregionen. Die Förderungen in lokalen Wasserwerken wird durch steigende Bedarfe auf die Probe gestellt. Immer mehr Wasserwerke liefern auch außerhalb ihres eigentlichen Versorgungsgebiets. Dadurch droht langfristig die Schädigung der sensiblen Flora in Nähe der Förderbrunnen und ihre Austrocknung.

- Deshalb fordern wir die SPD auf, ein Konzept zur flächendeckenden Versorgungssicherheit zu entwickeln, in dem die Förderbedarfe der einzelnen Regionen und die Fördermengen der Brunnen genau geprüft und aufeinander abgestimmt werden. Hierbei sollen auch die Landflucht und die Verdichtungsprozesse in Metropolregionen berücksichtigt werden.

Sauberes Trinkwasser ist ein hohes Gut. In Deutschland ist es unbedenklich Wasser auch aus dem Hahn zu trinken. Ist es denn wirklich so? Denn immer mehr Medikamente und andere niedrig dosierte Chemikalien gelangen in unser Trinkwasser. Die Konzentration solcher Stoffe schädigt nicht nur langfristig die Umwelt, sondern kann auch für Mensch und Tier eine Gefahr darstellen.

- Deshalb fordern wir die Einführung einer vierten Klärstufe in Wasserwerken, um auch Mikrochemikalien und Medikamentenreste aus dem Trinkwasser zu entfernen.

Begründung:

erfolgt mündlich

☐ angenommen
☐ abgelehnt
☐ überwiesen an